öffentlich

nichtöffentlich

<i>Sachgebiet - Sachbearbeiter</i> 42 – Regierungsrat Thomas Schieder	<i>Datum</i> 20.06.2022
<i>Betreff</i> Besetzung des Jugendhilfeausschusses; Bestellung der beratenden Mitglieder	<i>Anlagen</i>

Beratungsfolge

Nr.	Gremium	Sitzungstermin	TOP	Beratungsergebnis		
				einstimmig	geändert	Gegenstimmen
1.	Kreisausschuss	11.07.2022	1	☐	☐	
2.	Kreistag	18.07.2022		☐	☐	

Beschlussvorschlag

Kenntnisnahme (kein Beschluss)

Dem Kreistag wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

Auf Vorschlag der Polizeiinspektion Amberg wird Herr Polizeihauptkommissar Michael Kernebeck als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss des Landkreises Amberg-Sulzbach bestellt.

Vorlagebericht

Das beratende Mitglied im Jugendhilfeausschuss, Herr Polizeidirektor Thomas Lachner, ist zum Polizeipräsidium Oberpfalz nach Regensburg gewechselt und nicht mehr Dienststellenleiter in Amberg.

Deswegen wurde Herr Erster Polizeihauptkommissar Michael Kernebeck, Leiter der Polizeiinspektion Sulzbach-Rosenberg, Luitpoldplatz 13, 92237 Sulzbach-Rosenberg als beratendes Mitglied für den Jugendhilfeausschuss vorgeschlagen.

2

Landkreis - Landratsamt Amberg-Sulzbach

Beschlussvorlage

öffentlich

nichtöffentlich

Sachgebiet - Sachbearbeiter 21 Anton Weber, Oberverwaltungsrat Alexander Böck, Verwaltungsamtsrat	Datum 02.06.2022
Betreff Beteiligung an der Stadtbau Amberg GmbH – Änderung der Satzung der Stadtbau Amberg GmbH	Anlagen -Satzungsänderung (Entwurf)

Beratungsfolge

Nr.	Gremium	Sitzungstermin	TOP	Beratungsergebnis		
				einstimmig	geändert	Gegenstimmen
1.	Kreisausschuss	11.07.2022	2	☐	☐	
2.	Kreistag	18.07.2022		☐	☐	

Beschlussvorschlag

Kenntnisnahme (kein Beschluss)

Dem Kreistag wird folgender Beschluss empfohlen:

1. Mit den in der Anlage dargestellten Änderungen der Satzung der Stadtbau Amberg GmbH (Aufhebung der Beschränkung von Gewinnausschüttungen auf bisher maximal 4 % der Gesellschaftereinlagen auf die Stammeinlagen und künftige Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung für Einstellungen in und Entnahmen aus den Gewinnrücklagen) besteht Einverständnis.
2. Der Landrat bzw. der Vertreter des Landkreises Amberg-Sulzbach in der Gesellschafterversammlung der Stadtbau Amberg GmbH wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung eine entsprechende Änderung der Satzung zu beschließen.

Vorlagebericht

Aufgrund eines Stadtratsbeschlusses der Stadt Amberg vom 30.11.2020 und einem diesem Beschluss zugrundeliegenden Antrag der CSU-Stadtratsfraktion ist die Stadt Amberg an den Landkreis Amberg-Sulzbach herangetreten, um in den nächsten Jahren Gewinnausschüttungen der Stadtbau Amberg GmbH zur Abmilderung der Corona-bedingten Finanzfolgen an die Stadt Amberg und den Landkreis Amberg-Sulzbach abzuführen.

Der vom Mehrheitsgesellschafter Stadt Amberg vorgeschlagene Sachstandsbericht, der auch Bestandteil der Beschlussvorlage für den Stadtrat der Stadt Amberg am 25.07.2022 sein wird, ist im Folgenden zur Erläuterung aufgeführt.

Sachstandsbericht der Stadt Amberg:

Mit Beschluss des Stadtrats vom 27.09.2021 wurde der Oberbürgermeister bzw. der Vertreter der Stadt Amberg in der Gesellschafterversammlung der Stadtbau Amberg GmbH beauftragt, in der Gesellschafterversammlung einen Beschluss über eine Gewinnausschüttung in Höhe von 4 % des Stammkapitals im Jahr 2022 herbeizuführen.

Gleichzeitig wurde die Verwaltung beauftragt, eine Satzungsänderung für eine mögliche höhere Gewinnausschüttung vorzubereiten.

Die in der Anlage dargestellten Änderungen der Satzung der Stadtbau Amberg GmbH sollen dies ermöglichen.

Bisher war in § 20 Abs. 4 der Satzung geregelt, dass der ausgeschüttete Gewinn 4 % der Einlage der Gesellschafter auf die Stammeinlage nicht übersteigen darf.

Grund für die Aufnahme dieser Regelung in die Satzung war offensichtlich das damals geltende Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz, nach dem die 4%-Regelung Voraussetzung für eine Steuerbefreiung war. Mit Aufhebung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes zum 01.01.1990 entfiel die Notwendigkeit einer solchen Satzungs-Regelung.

Im aktuellen Koalitionsvertrag haben die Regierungsparteien ihre Absicht dokumentiert, eine neue Wohngemeinnützigkeit mit steuerlicher Förderung und Investitionszulagen auf den Weg bringen zu wollen. Wann dies der Fall sein wird und insbesondere in welcher Weise dies erfolgen soll, ist jedoch nicht absehbar. Eine Beibehaltung der Beschränkung der Gewinnausschüttung erscheint somit auch auf dieser Grundlage nicht geboten. Sollte eine neue Wohngemeinnützigkeit umgesetzt werden, gilt es die dann festgesetzten Regularien zu prüfen und ggf. entsprechend zu reagieren.

Durch Streichung von § 20 Abs. 4 wird die Beschränkung der Gewinnausschüttung aufgehoben.

Damit einhergehend sollte die Entscheidung über die Einstellungen in die Gewinnrücklagen sowie die Entnahmen aus den Gewinnrücklagen der Gesellschafterversammlung vorbehalten sein. Dadurch obliegt es künftig dem Stadtrat, den Vertreter der Stadt Amberg in der Gesellschafterversammlung entsprechend anzuweisen. Bislang lag dies gem. § 20 Abs. 2 der Satzung in der Zuständigkeit des Aufsichtsrates.

Infolge dieser Änderung ist auch der bisherige § 12 Abs. 2 Buchst. a) zu streichen, wonach ebenfalls die Beschlussfassung über die Einstellung in und die Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen (bisheriger § 20 Abs. 2) in die Zuständigkeit des Aufsichtsrates fällt. Stattdessen ist eine Ergänzung der Zuständigkeiten der Gesellschafterversammlung in § 17 (neu: Buchst. s) vorzunehmen.

aktuelle Satzung vom 30.06.2021	Entwurf neu	Erläuterungen
<p style="text-align: center;">Satzung</p> <p style="text-align: center;">I.</p> <p style="text-align: center;">Firma und Sitz der Gesellschaft</p> <p style="text-align: center;">§ 1</p> <p>Die Gesellschaft führt die Firma</p> <p style="text-align: center;">Stadtbau Amberg GmbH.</p> <p>Sie hat ihren Sitz in 92224 Amberg.</p> <p style="text-align: center;">II.</p> <p style="text-align: center;">Gegenstand der Gesellschaft</p> <p style="text-align: center;">§ 2</p> <p>1. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Hauptaufgabe der Gesellschaft ist die Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung zu vertretbaren Konditionen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbauerechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist unter Beachtung der gesetzlichen Beschränkungen berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.</p>	<p style="text-align: center;">Satzung</p> <p style="text-align: center;">I.</p> <p style="text-align: center;">Firma und Sitz der Gesellschaft</p> <p style="text-align: center;">§ 1</p> <p>Die Gesellschaft führt die Firma</p> <p style="text-align: center;">Stadtbau Amberg GmbH.</p> <p>Sie hat ihren Sitz in 92224 Amberg.</p> <p style="text-align: center;">II.</p> <p style="text-align: center;">Gegenstand der Gesellschaft</p> <p style="text-align: center;">§ 2</p> <p>1. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Hauptaufgabe der Gesellschaft ist die Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung zu vertretbaren Konditionen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbauerechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist unter Beachtung der gesetzlichen Beschränkungen berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.</p>	

<p>2. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck (mittelbar oder unmittelbar) dienlich sind.</p> <p style="text-align: center;">III.</p> <p style="text-align: center;">Stammkapital und Stammeinlagen</p> <p style="text-align: center;">§ 3</p> <p>Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt</p> <p style="text-align: center;">15.888.000,00 Euro</p> <p>- fünfzehnmillionenachthundertachtundachtzig-tausend Euro -.</p> <p style="text-align: center;">§ 4</p> <p>Die Abtretung von Geschäftsanteilen sowie der Beitritt neuer Gesellschafter bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrates. Durch Gesellschafterbeschluss können mehrere Geschäftsanteile eines Gesellschafters, deren Einlageverpflichtung in voller Höhe erfüllt ist, mit Zustimmung des betreffenden Gesellschafters zu einem Geschäftsanteil zusammengelegt werden.</p> <p style="text-align: center;">IV.</p> <p style="text-align: center;">Organe der Gesellschaft</p> <p style="text-align: center;">§ 5</p> <p>Organe der Gesellschaft sind</p> <p>a) der / die Geschäftsführer b) der Aufsichtsrat c) die Gesellschafterversammlung.</p>	<p>2. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck (mittelbar oder unmittelbar) dienlich sind.</p> <p style="text-align: center;">III.</p> <p style="text-align: center;">Stammkapital und Stammeinlagen</p> <p style="text-align: center;">§ 3</p> <p>Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt</p> <p style="text-align: center;">15.888.000,00 Euro</p> <p>- fünfzehnmillionenachthundertachtundachtzig-tausend Euro -.</p> <p style="text-align: center;">§ 4</p> <p>Die Abtretung von Geschäftsanteilen sowie der Beitritt neuer Gesellschafter bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrates. Durch Gesellschafterbeschluss können mehrere Geschäftsanteile eines Gesellschafters, deren Einlageverpflichtung in voller Höhe erfüllt ist, mit Zustimmung des betreffenden Gesellschafters zu einem Geschäftsanteil zusammengelegt werden.</p> <p style="text-align: center;">IV.</p> <p style="text-align: center;">Organe der Gesellschaft</p> <p style="text-align: center;">§ 5</p> <p>Organe der Gesellschaft sind</p> <p>a) der / die Geschäftsführer b) der Aufsichtsrat c) die Gesellschafterversammlung.</p>	
---	---	--

§ 6

Gestrichen

Geschäftsführung

§ 7

1. Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer.
2. Die Geschäftsführer werden von der Gesellschafterversammlung auf Zeit bestellt. Wiederholte Bestellung ist zulässig. Die Bestellung kann vorzeitig nur aus wichtigem Grund von der Gesellschafterversammlung widerrufen werden.
3. Der Aufsichtsrat kann Mitglieder der Geschäftsführung vorläufig ihres Amtes entheben. Der Beschluss bedarf einer Mehrheit von drei Vierteln aller Mitglieder des Aufsichtsrates. Für die Dauer der vorläufigen Amtsenthebung von Mitgliedern der Geschäftsführung hat der Aufsichtsrat die Fortführung der Geschäfte sicherzustellen; die Gesellschafterversammlung ist unverzüglich einzuberufen. Den vorläufig ihres Amtes enthobenen Mitgliedern der Geschäftsführung ist in der Gesellschafterversammlung Gehör zu geben.
4. Anstellungsverträge mit Geschäftsführern werden vom Aufsichtsrat auf Zeit geschlossen; sie können auch im Falle des Widerrufs der Bestellung als Geschäftsführer nur aus wichtigem Grund vom Aufsichtsrat gekündigt werden.
5. Die Geschäftsführer dürfen ohne Einwilligung des Aufsichtsrates weder ein Handelsgewerbe betreiben noch im Geschäftszweig der Gesellschaft für eigene oder fremde Rechnung Geschäfte machen. Sie dürfen ohne Einwilligung auch nicht Mitglied des Vorstandes oder Geschäftsführer oder persönlich haftender Gesellschafter einer anderen Handelsgesellschaft sein. Die Einwilligung des Aufsichtsrates kann nur für bestimmte Handelsgeschäfte oder Handelsgesellschaften oder für

§ 6

Gestrichen

Geschäftsführung

§ 7

1. Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer.
2. Die Geschäftsführer werden von der Gesellschafterversammlung auf Zeit bestellt. Wiederholte Bestellung ist zulässig. Die Bestellung kann vorzeitig nur aus wichtigem Grund von der Gesellschafterversammlung widerrufen werden.
3. Der Aufsichtsrat kann Mitglieder der Geschäftsführung vorläufig ihres Amtes entheben. Der Beschluss bedarf einer Mehrheit von drei Vierteln aller Mitglieder des Aufsichtsrates. Für die Dauer der vorläufigen Amtsenthebung von Mitgliedern der Geschäftsführung hat der Aufsichtsrat die Fortführung der Geschäfte sicherzustellen; die Gesellschafterversammlung ist unverzüglich einzuberufen. Den vorläufig ihres Amtes enthobenen Mitgliedern der Geschäftsführung ist in der Gesellschafterversammlung Gehör zu geben.
4. Anstellungsverträge mit Geschäftsführern werden vom Aufsichtsrat auf Zeit geschlossen; sie können auch im Falle des Widerrufs der Bestellung als Geschäftsführer nur aus wichtigem Grund vom Aufsichtsrat gekündigt werden.
5. Die Geschäftsführer dürfen ohne Einwilligung des Aufsichtsrates weder ein Handelsgewerbe betreiben noch im Geschäftszweig der Gesellschaft für eigene oder fremde Rechnung Geschäfte machen. Sie dürfen ohne Einwilligung auch nicht Mitglied des Vorstandes oder Geschäftsführer oder persönlich haftender Gesellschafter einer anderen Handelsgesellschaft sein. Die Einwilligung des Aufsichtsrates kann nur für bestimmte Handelsgeschäfte oder Handelsgesellschaften oder für

bestimmte Arten von Geschäften erteilt werden. Im Übrigen gilt § 88 AktG entsprechend.

6. Die Geschäftsführer bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrates für ein Rechtsgeschäft im Sinn des § 12 Nr. 2 g mit Angehörigen von Mitgliedern der Geschäftsführung im Sinn des Art. 49 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern in seiner jeweils geltenden Fassung.

§ 8

1. Der / die Geschäftsführer vertritt / vertreten die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so vertreten zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder ein Geschäftsführer gemeinschaftlich mit einem Prokuristen die Gesellschaft. Durch Beschluss der Gesellschafter kann allen und einzelnen Geschäftsführern Befreiung von der Beschränkung des § 181 BGB erteilt werden.
2. Die Geschäftsführer führen die Geschäfte der Gesellschaft selbstverantwortlich nach Gesetz und Gesellschaftsvertrag. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so können einzelne Geschäftsführer zur Vornahme bestimmter Geschäfte oder bestimmter Arten von Geschäften ermächtigt werden.
3. Die Geschäftsführer haben den Jahresabschluss und den Lagebericht zusammen mit dem Prüfungsbericht des Abschlussprüfers unverzüglich nach dem Eingang des Prüfungsberichtes dem Aufsichtsrat vorzulegen. Zugleich ist der Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns vorzulegen.
4. Die Geschäftsführer haben den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Prüfungsbericht des Abschlussprüfers nebst dem Bericht des Aufsichtsrates über das Ergebnis seiner Prüfung unverzüglich den Gesellschaftern vorzulegen.
5. Die Geschäftsführer haben dem Aufsichtsrat regelmäßig über die Angelegenheiten der Gesellschaft zu berichten und

bestimmte Arten von Geschäften erteilt werden. Im Übrigen gilt § 88 AktG entsprechend.

6. Die Geschäftsführer bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrates für ein Rechtsgeschäft im Sinn des § 12 Nr. 2 g mit Angehörigen von Mitgliedern der Geschäftsführung im Sinn des Art. 49 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern in seiner jeweils geltenden Fassung.

§ 8

1. Der / die Geschäftsführer vertritt / vertreten die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so vertreten zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder ein Geschäftsführer gemeinschaftlich mit einem Prokuristen die Gesellschaft. Durch Beschluss der Gesellschafter kann allen und einzelnen Geschäftsführern Befreiung von der Beschränkung des § 181 BGB erteilt werden.
2. Die Geschäftsführer führen die Geschäfte der Gesellschaft selbstverantwortlich nach Gesetz und Gesellschaftsvertrag. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so können einzelne Geschäftsführer zur Vornahme bestimmter Geschäfte oder bestimmter Arten von Geschäften ermächtigt werden.
3. Die Geschäftsführer haben den Jahresabschluss und den Lagebericht zusammen mit dem Prüfungsbericht des Abschlussprüfers unverzüglich nach dem Eingang des Prüfungsberichtes dem Aufsichtsrat vorzulegen. Zugleich ist der Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns vorzulegen.
4. Die Geschäftsführer haben den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Prüfungsbericht des Abschlussprüfers nebst dem Bericht des Aufsichtsrates über das Ergebnis seiner Prüfung unverzüglich den Gesellschaftern vorzulegen.
5. Die Geschäftsführer haben dem Aufsichtsrat regelmäßig über die Angelegenheiten der Gesellschaft zu berichten und in den

in den Sitzungen des Aufsichtsrates, an denen sie auf dessen Verlangen teilnehmen, Auskunft zu erteilen.

6. Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses kann die Geschäftsführung eine Bauerneuerungsrücklage und über die Einstellung und die Entnahme beschließen.

Aufsichtsrat

§ 9

1. Der Aufsichtsrat besteht aus elf Mitgliedern, einschließlich des 1. und 2. Vorsitzenden. Davon stellt die Stadt Amberg sieben und der Landkreis Amberg-Sulzbach vier Mitglieder. Den Vorsitzenden des Aufsichtsrates stellt die Stadt Amberg in der Person des Oberbürgermeisters, den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden der Landkreis Amberg-Sulzbach in der Person des Landrats.
2. Die weiteren Aufsichtsratsmitglieder werden von der Gesellschafterversammlung für drei Jahre gewählt unter Beachtung der Benennung durch Stadt bzw. Landkreis. Ihre Amtszeit endet mit Schluss der Gesellschafterversammlung, die über die Entlastung für das zweite Geschäftsjahr nach der Wahl beschließt. Hierbei wird das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, nicht mitgerechnet. Die Amtszeit endet auch, wenn das Aufsichtsratsmitglied aus seiner Funktion beim Gesellschafter ausscheidet. Alljährlich scheidet ein Drittel der Mitglieder aus und ist durch Neuwahl zu ersetzen. Wiederwahl ist zulässig. Die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder kann vor Ablauf der Amtszeit von der Gesellschafterversammlung mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen widerrufen werden.
3. Dauernd verhinderte Aufsichtsratsmitglieder sind durch die Gesellschafterversammlung abzurufen und durch Neuwahl zu ersetzen. Sinkt die Mitgliederzahl des Aufsichtsrates durch vorzeitiges Ausscheiden von Mitgliedern unter die für die Beschlussfähigkeit notwendige Zahl (§ 11 Abs. 2), so muss unverzüglich eine

Sitzungen des Aufsichtsrates, an denen sie auf dessen Verlangen teilnehmen, Auskunft zu erteilen.

6. Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses kann die Geschäftsführung eine Bauerneuerungsrücklage und über die Einstellung und die Entnahme beschließen.

Aufsichtsrat

§ 9

1. Der Aufsichtsrat besteht aus elf Mitgliedern, einschließlich des 1. und 2. Vorsitzenden. Davon stellt die Stadt Amberg sieben und der Landkreis Amberg-Sulzbach vier Mitglieder. Den Vorsitzenden des Aufsichtsrates stellt die Stadt Amberg in der Person des Oberbürgermeisters, den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden der Landkreis Amberg-Sulzbach in der Person des Landrats.
2. Die weiteren Aufsichtsratsmitglieder werden von der Gesellschafterversammlung für drei Jahre gewählt unter Beachtung der Benennung durch Stadt bzw. Landkreis. Ihre Amtszeit endet mit Schluss der Gesellschafterversammlung, die über die Entlastung für das zweite Geschäftsjahr nach der Wahl beschließt. Hierbei wird das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, nicht mitgerechnet. Die Amtszeit endet auch, wenn das Aufsichtsratsmitglied aus seiner Funktion beim Gesellschafter ausscheidet. Alljährlich scheidet ein Drittel der Mitglieder aus und ist durch Neuwahl zu ersetzen. Wiederwahl ist zulässig. Die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder kann vor Ablauf der Amtszeit von der Gesellschafterversammlung mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen widerrufen werden.
3. Dauernd verhinderte Aufsichtsratsmitglieder sind durch die Gesellschafterversammlung abzurufen und durch Neuwahl zu ersetzen. Sinkt die Mitgliederzahl des Aufsichtsrates durch vorzeitiges Ausscheiden von Mitgliedern unter die für die Beschlussfähigkeit notwendige Zahl (§ 11 Abs. 2), so muss unverzüglich eine Gesellschafterversammlung zur Vornahme

<p>Gesellschafterversammlung zur Vornahme von Ersatzwahlen einberufen werden. Die Amtsdauer des an Stelle eines vorzeitig ausgeschiedenen Mitglieds Gewählten beschränkt sich auf die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen.</p> <p>4. Die Bestellung von Aufsichtsratsmitgliedern sowie jeden Wechsel von Aufsichtsratsmitgliedern haben die Geschäftsführer unverzüglich durch den Bundesanzeiger und die im Gesellschaftsvertrag für die Bekanntmachung der Gesellschaft bestimmten anderen öffentlichen Blätter bekanntzumachen und die Bekanntmachung zum Handelsregister einzureichen.</p> <p>5. Aufsichtsratsmitglieder können nicht zugleich Geschäftsführer sein. Sie dürfen auch nicht als Angestellte die Geschäfte der Gesellschaft führen. Nur für einen im Voraus begrenzten Zeitraum kann der Aufsichtsrat einzelne Mitglieder zu Vertretern von verhinderten Geschäftsführern bestellen. In dieser Zeit dürfen sie keine Tätigkeiten als Aufsichtsratsmitglieder ausüben.</p> <p>6. Jedes Mitglied des Aufsichtsrates hat Anspruch auf eine Vergütung. Die Höhe ist von der Gesellschafterversammlung festzulegen.</p>	<p>von Ersatzwahlen einberufen werden. Die Amtsdauer des an Stelle eines vorzeitig ausgeschiedenen Mitglieds Gewählten beschränkt sich auf die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen.</p> <p>4. Die Bestellung von Aufsichtsratsmitgliedern sowie jeden Wechsel von Aufsichtsratsmitgliedern haben die Geschäftsführer unverzüglich durch den Bundesanzeiger und die im Gesellschaftsvertrag für die Bekanntmachung der Gesellschaft bestimmten anderen öffentlichen Blätter bekanntzumachen und die Bekanntmachung zum Handelsregister einzureichen.</p> <p>5. Aufsichtsratsmitglieder können nicht zugleich Geschäftsführer sein. Sie dürfen auch nicht als Angestellte die Geschäfte der Gesellschaft führen. Nur für einen im Voraus begrenzten Zeitraum kann der Aufsichtsrat einzelne Mitglieder zu Vertretern von verhinderten Geschäftsführern bestellen. In dieser Zeit dürfen sie keine Tätigkeiten als Aufsichtsratsmitglieder ausüben.</p> <p>6. Jedes Mitglied des Aufsichtsrates hat Anspruch auf eine Vergütung. Die Höhe ist von der Gesellschafterversammlung festzulegen.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 10</p> <p>1. Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführer in ihrer Geschäftsführung zu fördern, zu beraten und zu überwachen. Die Rechte und Pflichten des Aufsichtsrates werden durch Gesetz, Gesellschaftsvertrag und Geschäftsordnung bestimmt.</p> <p>2. Der Aufsichtsrat hat der Gesellschafterversammlung über seine Tätigkeit zu berichten.</p> <p>3. Der Aufsichtsrat kann aus seiner Mitte Ausschüsse wählen, namentlich zu dem Zweck, seine Verhandlungen und Beschlüsse vorzubereiten oder um deren Ausführung zu überwachen. Für die Tätigkeit in einem Ausschuss kann</p>	<p style="text-align: center;">§ 10</p> <p>1. Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführer in ihrer Geschäftsführung zu fördern, zu beraten und zu überwachen. Die Rechte und Pflichten des Aufsichtsrates werden durch Gesetz, Gesellschaftsvertrag und Geschäftsordnung bestimmt.</p> <p>2. Der Aufsichtsrat hat der Gesellschafterversammlung über seine Tätigkeit zu berichten.</p> <p>3. Der Aufsichtsrat kann aus seiner Mitte Ausschüsse wählen, namentlich zu dem Zweck, seine Verhandlungen und Beschlüsse vorzubereiten oder um deren Ausführung zu überwachen. Für die Tätigkeit in einem Ausschuss kann</p>	

zusätzlich ein Sitzungsgeld durch die Gesellschafterversammlung festgelegt werden.

4. Die Mitglieder des Aufsichtsrates können ihre Aufgaben nicht durch andere wahrnehmen lassen.

§ 11

1. Der Aufsichtsrat hält bei Bedarf, mindestens aber zwei Sitzungen jährlich, ab. Die Sitzungen werden vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates einberufen und geleitet. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates muss den Aufsichtsrat unverzüglich einberufen, wenn mindestens ein Drittel der Mitglieder oder die Geschäftsführer dies unter Angabe des Zweckes und der Gründe verlangen. Die Sitzung muss binnen zwei Wochen nach der Einberufung stattfinden.
2. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder (§ 9) in der Sitzung zugegen sind und mindestens drei Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen. Er fasst, soweit durch den Gesellschaftsvertrag nichts anderes bestimmt ist, seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.
3. Der Aufsichtsrat kann Beschlüsse schriftlich fassen, wenn seine sämtlichen Mitglieder der schriftlichen Abstimmung zustimmen.
4. Über die Beschlüsse sind Niederschriften anzufertigen, die vom Vorsitzenden zu unterschreiben sind.
5. Willenserklärungen des Aufsichtsrates werden vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung von seinem Stellvertreter, abgegeben.
6. Die Geschäftsführer nehmen an den Sitzungen des Aufsichtsrates teil, es sei denn, der Aufsichtsrat beschließt anders.

zusätzlich ein Sitzungsgeld durch die Gesellschafterversammlung festgelegt werden.

4. Die Mitglieder des Aufsichtsrates können ihre Aufgaben nicht durch andere wahrnehmen lassen.

§ 11

1. Der Aufsichtsrat hält bei Bedarf, mindestens aber zwei Sitzungen jährlich, ab. Die Sitzungen werden vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates einberufen und geleitet. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates muss den Aufsichtsrat unverzüglich einberufen, wenn mindestens ein Drittel der Mitglieder oder die Geschäftsführer dies unter Angabe des Zweckes und der Gründe verlangen. Die Sitzung muss binnen zwei Wochen nach der Einberufung stattfinden.
2. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder (§ 9) in der Sitzung zugegen sind und mindestens drei Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen. Er fasst, soweit durch den Gesellschaftsvertrag nichts anderes bestimmt ist, seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.
3. Der Aufsichtsrat kann Beschlüsse schriftlich fassen, wenn seine sämtlichen Mitglieder der schriftlichen Abstimmung zustimmen.
4. Über die Beschlüsse sind Niederschriften anzufertigen, die vom Vorsitzenden zu unterschreiben sind.
5. Willenserklärungen des Aufsichtsrates werden vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung von seinem Stellvertreter, abgegeben.
6. Die Geschäftsführer nehmen an den Sitzungen des Aufsichtsrates teil, es sei denn, der Aufsichtsrat beschließt anders.

§ 12	§ 12	
<p>1. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag der Geschäftsführung über die Verwendung des Bilanzgewinns zu prüfen und hierüber schriftlich an die Gesellschafterversammlung zu berichten. In dem Bericht hat der Aufsichtsrat ferner zu dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses durch den Abschlussprüfer Stellung zu nehmen. Am Schluss des Berichts hat der Aufsichtsrat zu erklären, ob nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung Einwendungen zu erheben sind oder ob er den von der Geschäftsführung ausgestellten Jahresabschluss billigt.</p> <p>2. Der Zuständigkeit des Aufsichtsrates unterliegt nach vorheriger gemeinsamer Beratung mit den Geschäftsführern die Beschlussfassung über</p> <ul style="list-style-type: none"> a) die Einstellung in und die Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen (§ 20 Abs. 2), b) die Zustimmung zur Abtretung von Geschäftsanteilen und zum Beitritt neuer Gesellschafter (§ 4), c) die Zustimmung zur Bestellung von Prokuristen, d) die Vorbereitung der Vorlagen an die Gesellschafterversammlung, e) die Geschäftsanweisung für die Geschäftsführer, f) die Wahl des Abschlussprüfers, g) die Veräußerung von Grundstücken der Gesellschaft an Mitglieder des Aufsichtsrates oder Beschäftigte des Unternehmens sowie von Vermögengegenständen des Art. 75 der Bayer. Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern in seiner heute geltenden Fassung je ab einem Wert von 20.000,00 Euro und h) die Zustimmung zum Wirtschaftsplan (§ 19 Abs. 3). 	<p>1. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag der Geschäftsführung über die Verwendung des Bilanzgewinns zu prüfen und hierüber schriftlich an die Gesellschafterversammlung zu berichten. In dem Bericht hat der Aufsichtsrat ferner zu dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses durch den Abschlussprüfer Stellung zu nehmen. Am Schluss des Berichts hat der Aufsichtsrat zu erklären, ob nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung Einwendungen zu erheben sind oder ob er den von der Geschäftsführung ausgestellten Jahresabschluss billigt.</p> <p>2. Der Zuständigkeit des Aufsichtsrates unterliegt nach vorheriger gemeinsamer Beratung mit den Geschäftsführern die Beschlussfassung über</p> <ul style="list-style-type: none"> a) die Zustimmung zum Wirtschaftsplan (§ 19 Abs. 3), b) die Zustimmung zur Abtretung von Geschäftsanteilen und zum Beitritt neuer Gesellschafter (§ 4), c) die Zustimmung zur Bestellung von Prokuristen, d) die Vorbereitung der Vorlagen an die Gesellschafterversammlung, e) die Geschäftsanweisung für die Geschäftsführer, f) die Wahl des Abschlussprüfers und g) die Veräußerung von Grundstücken der Gesellschaft an Mitglieder des Aufsichtsrates oder Beschäftigte des Unternehmens sowie von Vermögengegenständen des Art. 75 der Bayer. Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern in seiner heute geltenden Fassung je ab einem Wert von 20.000,00 Euro. 	<p>Bisheriger Buchst. a) fällt weg; bisheriger Buchst. h) wird nun zu Buchst. a).</p>

3. Der Aufsichtsrat vertritt die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich gegenüber Geschäftsführern.
4. Die Gesellschafter können dem Aufsichtsrat durch Beschluss weitere Aufgaben und Befugnisse zuweisen. Ebenso können die Gesellschafter den von ihnen gestellten Aufsichtsratsmitgliedern vor Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung, die ein erhebliches geschäftliches Risiko in sich tragen, Weisungen erteilen. Weisungen sind jedoch nicht zulässig hinsichtlich der Aufgaben der Förderung, Beratung und Überwachung der Geschäftsführung als Kernbereich der Aufsichtsrats Tätigkeit.

Gesellschafterversammlung

§ 13

1. Die Gesellschafter üben die ihnen in Angelegenheiten der Gesellschaft zustehenden Rechte gemeinschaftlich in der Gesellschafterversammlung durch Beschlussfassung aus.
2. Das Stimmrecht steht zu 30 % dem Landkreis Amberg-Sulzbach und zu 70 % der Stadt Amberg zu. Das Stimmrecht bleibt unberührt von der Zusammensetzung des Stammkapitals. Das Stimmrecht kann durch einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Bevollmächtigten ausgeübt werden.
3. Ein Gesellschafter, der durch die Beschlussfassung entlastet oder von einer Verbindlichkeit befreit werden soll, hat hierbei kein Stimmrecht und darf ein solches auch nicht für andere ausüben. Das gilt auch für eine Beschlussfassung, welche die Vornahme eines Rechtsgeschäfts oder die Einleitung oder Erledigung eines Rechtsstreits gegenüber einem Gesellschafter betrifft.

§ 14

3. Der Aufsichtsrat vertritt die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich gegenüber Geschäftsführern.
4. Die Gesellschafter können dem Aufsichtsrat durch Beschluss weitere Aufgaben und Befugnisse zuweisen. Ebenso können die Gesellschafter den von ihnen gestellten Aufsichtsratsmitgliedern vor Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung, die ein erhebliches geschäftliches Risiko in sich tragen, Weisungen erteilen. Weisungen sind jedoch nicht zulässig hinsichtlich der Aufgaben der Förderung, Beratung und Überwachung der Geschäftsführung als Kernbereich der Aufsichtsrats Tätigkeit.

Gesellschafterversammlung

§ 13

1. Die Gesellschafter üben die ihnen in Angelegenheiten der Gesellschaft zustehenden Rechte gemeinschaftlich in der Gesellschafterversammlung durch Beschlussfassung aus.
2. Das Stimmrecht steht zu 30 % dem Landkreis Amberg-Sulzbach und zu 70 % der Stadt Amberg zu. Das Stimmrecht bleibt unberührt von der Zusammensetzung des Stammkapitals. Das Stimmrecht kann durch einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Bevollmächtigten ausgeübt werden.
3. Ein Gesellschafter, der durch die Beschlussfassung entlastet oder von einer Verbindlichkeit befreit werden soll, hat hierbei kein Stimmrecht und darf ein solches auch nicht für andere ausüben. Das gilt auch für eine Beschlussfassung, welche die Vornahme eines Rechtsgeschäfts oder die Einleitung oder Erledigung eines Rechtsstreits gegenüber einem Gesellschafter betrifft.

§ 14

<ol style="list-style-type: none"> 1. Die ordentliche Gesellschafterversammlung hat innerhalb der Frist des GmbH-Gesetzes in der Regel am Sitz der Gesellschaft stattzufinden. 2. Die ordentliche Gesellschafterversammlung beschließt über die Feststellung des Jahresabschlusses und über die Verwendung des Bilanzgewinns, soweit in §§ 20, 21 nichts anderes bestimmt ist. Auf Verlangen eines Gesellschafters hat der Abschlussprüfer an den Verhandlungen über die Feststellung des Jahresabschlusses teilzunehmen. 3. Außerordentliche Gesellschafterversammlungen sind, abgesehen von den im Gesetz oder in diesem Vertrag ausdrücklich bestimmten Fällen, einzuberufen, wenn es im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint. 4. Eine außerordentliche Gesellschafterversammlung muss unverzüglich einberufen werden, wenn <ol style="list-style-type: none"> a) sich aus der Jahresbilanz oder aus einer im Laufe des Geschäftsjahres ausgestellten Bilanz ergibt, dass die Hälfte des Stammkapitals verloren ist, b) die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder unter die zur Beschlussfähigkeit des Aufsichtsrates erforderliche Zahl sinkt (§ 11 Abs. 2), c) die Bestellung eines Geschäftsführers widerrufen oder ein Aufsichtsratsmitglied abberufen werden soll, d) Gesellschafter, deren Geschäftsanteile zusammen mindestens dem zehnten Teil des Stammkapitals entsprechen, in einer von ihnen unterschriebenen Eingabe unter Angabe des Zwecks und der Gründe, die Einberufung der Versammlung verlangen. 5. Der Abhaltung einer Gesellschafterversammlung bedarf es nicht, wenn sämtliche Gesellschafter schriftlich mit der zu treffenden Bestimmung oder mit der schriftlichen Abgabe der Stimmen sich einverstanden erklären. 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Die ordentliche Gesellschafterversammlung hat innerhalb der Frist des GmbH-Gesetzes in der Regel am Sitz der Gesellschaft stattzufinden. 2. Die ordentliche Gesellschafterversammlung beschließt über die Feststellung des Jahresabschlusses und über die Verwendung des Bilanzgewinns, soweit in §§ 20, 21 nichts anderes bestimmt ist. Auf Verlangen eines Gesellschafters hat der Abschlussprüfer an den Verhandlungen über die Feststellung des Jahresabschlusses teilzunehmen. 3. Außerordentliche Gesellschafterversammlungen sind, abgesehen von den im Gesetz oder in diesem Vertrag ausdrücklich bestimmten Fällen, einzuberufen, wenn es im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint. 4. Eine außerordentliche Gesellschafterversammlung muss unverzüglich einberufen werden, wenn <ol style="list-style-type: none"> a) sich aus der Jahresbilanz oder aus einer im Laufe des Geschäftsjahres ausgestellten Bilanz ergibt, dass die Hälfte des Stammkapitals verloren ist, b) die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder unter die zur Beschlussfähigkeit des Aufsichtsrates erforderliche Zahl sinkt (§ 11 Abs. 2), c) die Bestellung eines Geschäftsführers widerrufen oder ein Aufsichtsratsmitglied abberufen werden soll, d) Gesellschafter, deren Geschäftsanteile zusammen mindestens dem zehnten Teil des Stammkapitals entsprechen, in einer von ihnen unterschriebenen Eingabe unter Angabe des Zwecks und der Gründe, die Einberufung der Versammlung verlangen. 5. Der Abhaltung einer Gesellschafterversammlung bedarf es nicht, wenn sämtliche Gesellschafter schriftlich mit der zu treffenden Bestimmung oder mit der schriftlichen Abgabe der Stimmen sich einverstanden erklären. 	
---	---	--

§ 15

1. Die Gesellschafterversammlung wird in der Regel von den Geschäftsführern einberufen.
2. Die Einladung zur Gesellschafterversammlung erfolgt unter Angabe der Gegenstände der Tagesordnung durch Brief mit Zustellungsnachweis an die Gesellschafter. Zwischen dem Tage der Gesellschafterversammlung und dem Tage der Absendung des die Einladung enthaltenden Schreibens muss ein Zeitraum von mindestens einer Woche liegen. Dabei wird der Tag der Absendung und der Tag der Gesellschafterversammlung nicht mitgezählt.
3. Verlangen Gesellschafter, deren Geschäftsanteile zusammen mindestens dem zehnten Teil des Stammkapitals entsprechen, in einer von ihnen unterschriebenen Eingabe unter Angabe des Zwecks und der Gründe die Beschlussfassung über bestimmte, zur Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung gehörenden Gegenstände, so müssen diese auf die Tagesordnung gesetzt werden.
4. Beschlüsse können nur über Gegenstände der Tagesordnung gefasst werden. Nachträglich können Anträge auf Beschlussfassung, soweit sie zur Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung gehören, aufgenommen werden, wenn sie spätestens drei Tage vor der Gesellschafterversammlung in der in Absatz 2 festgesetzten Form bekanntgemacht worden sind. Dasselbe gilt für Anträge der Geschäftsführer oder des Aufsichtsrates. Zur Beschlussfassung über die Leitung der Versammlung oder über den in der Versammlung gestellten Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung bedarf es keiner Ankündigung.
5. Ist die Versammlung nicht ordnungsgemäß berufen oder sind die Gegenstände, über die nach der Tagesordnung ein Beschluss gefasst werden soll, nicht ordnungsgemäß angekündigt, so können Beschlüsse nur gefasst werden, wenn sämtliche Gesellschafter anwesend sind.

§ 15

1. Die Gesellschafterversammlung wird in der Regel von den Geschäftsführern einberufen.
2. Die Einladung zur Gesellschafterversammlung erfolgt unter Angabe der Gegenstände der Tagesordnung durch Brief mit Zustellungsnachweis an die Gesellschafter. Zwischen dem Tage der Gesellschafterversammlung und dem Tage der Absendung des die Einladung enthaltenden Schreibens muss ein Zeitraum von mindestens einer Woche liegen. Dabei wird der Tag der Absendung und der Tag der Gesellschafterversammlung nicht mitgezählt.
3. Verlangen Gesellschafter, deren Geschäftsanteile zusammen mindestens dem zehnten Teil des Stammkapitals entsprechen, in einer von ihnen unterschriebenen Eingabe unter Angabe des Zwecks und der Gründe die Beschlussfassung über bestimmte, zur Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung gehörenden Gegenstände, so müssen diese auf die Tagesordnung gesetzt werden.
4. Beschlüsse können nur über Gegenstände der Tagesordnung gefasst werden. Nachträglich können Anträge auf Beschlussfassung, soweit sie zur Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung gehören, aufgenommen werden, wenn sie spätestens drei Tage vor der Gesellschafterversammlung in der in Absatz 2 festgesetzten Form bekanntgemacht worden sind. Dasselbe gilt für Anträge der Geschäftsführer oder des Aufsichtsrates. Zur Beschlussfassung über die Leitung der Versammlung oder über den in der Versammlung gestellten Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung bedarf es keiner Ankündigung.
5. Ist die Versammlung nicht ordnungsgemäß berufen oder sind die Gegenstände, über die nach der Tagesordnung ein Beschluss gefasst werden soll, nicht ordnungsgemäß angekündigt, so können Beschlüsse nur gefasst werden, wenn sämtliche Gesellschafter anwesend sind.

§ 16

1. Die Leitung der Gesellschafterversammlung hat der Vorsitzende des Aufsichtsrates oder bei seiner Verhinderung der stellvertretende Vorsitzende. Sind beide verhindert, so hat ein Mitglied der Geschäftsführung die Versammlung zu leiten.
2. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte des Stammkapitals vertreten ist.
3. Auf Antrag kann die Gesellschafterversammlung mit einfacher Mehrheit beschließen, geheim durch Stimmzettel abzustimmen. Bei der Beschlussfassung zu § 17 i, k, l, n ist durch Stimmzettel geheim abzustimmen, wenn Gesellschafter, deren Geschäftsanteile zusammen mindestens dem zehnten Teil des Stammkapitals entsprechen, dieses auf Antrag eines Gesellschafters beschließen.
4. Bei Stimmenthaltung gilt die Stimme als nicht abgegeben, das gleiche gilt im Falle schriftlicher Abstimmung bei Abgabe ungültiger oder unbeschriebener Stimmzettel. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.
5. Bei Wahlen ist nur derjenige gewählt, der mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Im Übrigen wird der Wahlvorgang durch eine von der Gesellschafterversammlung zu beschließende Wahlordnung geregelt.
6. Über die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die von dem Schriftführer und dem die Versammlung schließenden Versammlungsleiter zu unterzeichnen ist. Bei Wahlen sind die Namen der vorgeschlagenen Personen und die Zahl der auf sie entfallenden Stimmen anzugeben.

§ 17

Der Gesellschafterversammlung ist Gelegenheit zu geben

e

§ 16

1. Die Leitung der Gesellschafterversammlung hat der Vorsitzende des Aufsichtsrates oder bei seiner Verhinderung der stellvertretende Vorsitzende. Sind beide verhindert, so hat ein Mitglied der Geschäftsführung die Versammlung zu leiten.
2. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte des Stammkapitals vertreten ist.
3. Auf Antrag kann die Gesellschafterversammlung mit einfacher Mehrheit beschließen, geheim durch Stimmzettel abzustimmen. Bei der Beschlussfassung zu § 17 i, k, l, n ist durch Stimmzettel geheim abzustimmen, wenn Gesellschafter, deren Geschäftsanteile zusammen mindestens dem zehnten Teil des Stammkapitals entsprechen, dieses auf Antrag eines Gesellschafters beschließen.
4. Bei Stimmenthaltung gilt die Stimme als nicht abgegeben, das gleiche gilt im Falle schriftlicher Abstimmung bei Abgabe ungültiger oder unbeschriebener Stimmzettel. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.
5. Bei Wahlen ist nur derjenige gewählt, der mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Im Übrigen wird der Wahlvorgang durch eine von der Gesellschafterversammlung zu beschließende Wahlordnung geregelt.
6. Über die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die von dem Schriftführer und dem die Versammlung schließenden Versammlungsleiter zu unterzeichnen ist. Bei Wahlen sind die Namen der vorgeschlagenen Personen und die Zahl der auf sie entfallenden Stimmen anzugeben.

§ 17

<p>a) den Lagebericht, b) den Bericht des Aufsichtsrates, c) den Prüfungsbericht des Abschlussprüfers zu beraten.</p> <p>Ihr unterliegt die Beschlussfassung über</p> <p>d) die Feststellung des Jahresabschlusses (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang), e) die Verwendung des Bilanzgewinns, f) den Ausgleich des Bilanzverlustes, g) den Gesamtbetrag, bis zu dem Darlehen übernommen oder Schuldverschreibungen ausgegeben werden sollen, h) die Einziehung von Geschäftsanteilen, i) die Entlastung der Geschäftsführer und des Aufsichtsrates, k) die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern, l) den Widerruf der Bestellung von Geschäftsführern aus wichtigem Grund (§ 7 Abs. 2) und die Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern, m) die Genehmigung der Geschäftsordnung und der Wahlordnung für die Mitglieder des Aufsichtsrates, n) die Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen Geschäftsführer, Mitglieder des Aufsichtsrates oder Gesellschafter, o) die Änderung des Gesellschaftsvertrages, p) die Verschmelzung, Vermögensübertragung oder Umwandlung der Gesellschaft,</p>	<p>Der Gesellschafterversammlung ist Gelegenheit zu geben</p> <p>a) den Lagebericht, b) den Bericht des Aufsichtsrates, c) den Prüfungsbericht des Abschlussprüfers zu beraten.</p> <p>Ihr unterliegt die Beschlussfassung über</p> <p>d) die Feststellung des Jahresabschlusses (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang), e) die Verwendung des Bilanzgewinns, f) den Ausgleich des Bilanzverlustes, g) den Gesamtbetrag, bis zu dem Darlehen übernommen oder Schuldverschreibungen ausgegeben werden sollen, h) die Einziehung von Geschäftsanteilen, i) die Entlastung der Geschäftsführer und des Aufsichtsrates, k) die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern, l) den Widerruf der Bestellung von Geschäftsführern aus wichtigem Grund (§ 7 Abs. 2) und die Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern, m) die Genehmigung der Geschäftsordnung und der Wahlordnung für die Mitglieder des Aufsichtsrates, n) die Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen Geschäftsführer, Mitglieder des Aufsichtsrates oder Gesellschafter, o) die Änderung des Gesellschaftsvertrages, p) die Verschmelzung, Vermögensübertragung oder Umwandlung der Gesellschaft,</p>	
--	--	--

<p>q) die Auflösung der Gesellschaft und Wahl der Liquidatoren und</p> <p>r) den Erwerb und die Veräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen und über den Abschluss und die Änderung von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291, 292 AktG.</p>	<p>q) die Auflösung der Gesellschaft und Wahl der Liquidatoren,</p> <p>r) den Erwerb und die Veräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen und über den Abschluss und die Änderung von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291, 292 AktG und</p> <p>s) die Einstellung in und die Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 18</p>	<p style="text-align: center;">§ 18</p>	
<p>1. Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst.</p> <p>2. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung über</p> <p>a) den Widerruf der Bestellung von Geschäftsführern aus wichtigem Grund (§ 7 Abs. 2) und die Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern,</p> <p>b) die Änderung des Gesellschaftsvertrages (§ 17 Buchst. o),</p> <p>c) die Verschmelzung und Vermögensübertragung der Gesellschaft (§ 17 Buchst. p),</p> <p>d) die Auflösung der Gesellschaft (§ 17 Buchst. q),</p> <p>e) die Verwendung des Bilanzgewinns (§ 17 Buchst. e),</p> <p>f) den Ausgleich des Bilanzverlustes (§ 17 Buchst. f),</p> <p>g) die Einziehung von Geschäftsanteilen (§ 17 Buchst. h),</p> <p>h) die Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen Geschäftsführer, Mitglieder des Aufsichtsrates oder Gesellschafter</p> <p>bedürfen zu ihrer Gültigkeit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen (§ 16 Abs. 4).</p> <p>3. Ein Beschluss über die Verschmelzung, Vermögensübertragung oder Auflösung der Gesellschaft kann nur gefasst werden,</p>	<p>1. Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst.</p> <p>2. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung über</p> <p>a) den Widerruf der Bestellung von Geschäftsführern aus wichtigem Grund (§ 7 Abs. 2) und die Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern,</p> <p>b) die Änderung des Gesellschaftsvertrages (§ 17 Buchst. o),</p> <p>c) die Verschmelzung und Vermögensübertragung der Gesellschaft (§ 17 Buchst. p),</p> <p>d) die Auflösung der Gesellschaft (§ 17 Buchst. q),</p> <p>e) die Verwendung des Bilanzgewinns (§ 17 Buchst. e),</p> <p>f) den Ausgleich des Bilanzverlustes (§ 17 Buchst. f),</p> <p>g) die Einziehung von Geschäftsanteilen (§ 17 Buchst. h),</p> <p>h) die Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen Geschäftsführer, Mitglieder des Aufsichtsrates oder Gesellschafter</p> <p>bedürfen zu ihrer Gültigkeit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen (§ 16 Abs. 4).</p> <p>3. Ein Beschluss über die Verschmelzung, Vermögensübertragung oder Auflösung der Gesellschaft kann nur gefasst werden,</p>	<p>bisher zuständig: AR, künftig zuständig: Gesellschaft erwerb- sammlung)</p>

wenn mindestens die Hälfte aller Gesellschafter sowie die Hälfte des Stammkapitals in der Gesellschafterversammlung vertreten sind. Trifft das nicht zu, so ist mit einem Zwischenraum von mindestens zwei und höchstens vier Wochen eine weitere Gesellschafterversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen, die beschlussfähig ist, wenn mindestens die Hälfte des Stammkapitals vertreten ist.

V.

Rechnungslegung

§ 19

1. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
2. Die Geschäftsführung hat dafür zu sorgen, dass das Rechnungswesen und die Betriebsorganisation die Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft gewährleisten.
3. Die Geschäftsführung hat einen Wirtschaftsplan aufzustellen, der einen Erfolgsplan, einen Investitionsplan sowie eine fünfjährige Finanzplanung umfasst.
4. Die Geschäftsführung hat nach Ablauf eines jeden Geschäftsjahres einen Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang) nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufzustellen. Der Jahresabschluss muss den gesetzlichen Vorschriften über die Bewertung sowie über die Gliederung der Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung entsprechen. Die vorgeschriebenen Formblätter sind zu beachten.
5. Zusammen mit dem Jahresabschluss hat die Geschäftsführung einen Lagebericht nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufzustellen. Im Lagebericht sind zumindest der Geschäftsverlauf und die Lage der Gesellschaft so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird.

wenn mindestens die Hälfte aller Gesellschafter sowie die Hälfte des Stammkapitals in der Gesellschafterversammlung vertreten sind. Trifft das nicht zu, so ist mit einem Zwischenraum von mindestens zwei und höchstens vier Wochen eine weitere Gesellschafterversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen, die beschlussfähig ist, wenn mindestens die Hälfte des Stammkapitals vertreten ist.

V.

Rechnungslegung

§ 19

1. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
2. Die Geschäftsführung hat dafür zu sorgen, dass das Rechnungswesen und die Betriebsorganisation die Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft gewährleisten.
3. Die Geschäftsführung hat einen Wirtschaftsplan aufzustellen, der einen Erfolgsplan, einen Investitionsplan sowie eine fünfjährige Finanzplanung umfasst.
4. Die Geschäftsführung hat nach Ablauf eines jeden Geschäftsjahres einen Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang) nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufzustellen. Der Jahresabschluss muss den gesetzlichen Vorschriften über die Bewertung sowie über die Gliederung der Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung entsprechen. Die vorgeschriebenen Formblätter sind zu beachten.
5. Zusammen mit dem Jahresabschluss hat die Geschäftsführung einen Lagebericht nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufzustellen. Im Lagebericht sind zumindest der Geschäftsverlauf und die Lage der Gesellschaft so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird.

<p style="text-align: center;">VI.</p> <p style="text-align: center;">Rücklagen, Gewinnverteilung und Verlustdeckung</p> <p style="text-align: center;">§ 20</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Aus dem Jahresüberschuss abzüglich eines Verlustvortrages ist bei Aufstellung der Bilanz eine Rücklage zu bilden. In diese sind mindestens 10 % des Jahresergebnisses einzustellen, bis die Hälfte des Stammkapitals erreicht oder wieder erreicht ist. Diese Rücklage darf nur wie eine gesetzliche Rücklage des Aktienrechts verwandt werden. § 150 Abs. 3 und 4 gelten entsprechend. 2. Außerdem können bei der Aufstellung des Jahresabschlusses andere Gewinnrücklagen gebildet werden. Über die Einstellungen in und die Entnahme aus den Gewinnrücklagen beschließt der Aufsichtsrat nach vorheriger gemeinsamer Beratung mit den Geschäftsführern. 3. Bei Aufstellung des Jahresabschlusses können die Geschäftsführer eine Bauernenerungsrücklage bilden und über die Einstellung und Entnahme beschließen. 4. Der ausgeschüttete Gewinn darf 4 % der Einlage der Gesellschafter auf die Stammeinlage nicht übersteigen. Ausschüttbar sind nur versteuerte Gewinnanteile. <p style="text-align: center;">§ 21</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Bilanzgewinn kann unter die Gesellschafter als Gewinnanteil verteilt werden. Er kann zur Bildung von anderen Gewinnrücklagen verwandt oder auf neue Rechnung vorgetragen werden. 	<p style="text-align: center;">VI.</p> <p style="text-align: center;">Rücklagen, Gewinnverteilung und Verlustdeckung</p> <p style="text-align: center;">§ 20</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Aus dem Jahresüberschuss abzüglich eines Verlustvortrages ist bei Aufstellung der Bilanz eine Rücklage zu bilden. In diese sind mindestens 10 % des Jahresergebnisses einzustellen, bis die Hälfte des Stammkapitals erreicht oder wieder erreicht ist. Diese Rücklage darf nur wie eine gesetzliche Rücklage des Aktienrechts verwandt werden. § 150 Abs. 3 und 4 des Aktiengesetzes (AktG) gelten entsprechend. 2. Bei Aufstellung des Jahresabschlusses können die Geschäftsführer eine Bauernenerungsrücklage bilden und über die Einstellung und Entnahme beschließen. <p style="text-align: center;">§ 21</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Bilanzgewinn kann unter die Gesellschafter als Gewinnanteil verteilt werden. Er kann zur Bildung von anderen Gewinnrücklagen verwandt oder auf neue Rechnung vorgetragen werden. 	<p>klarstellende Ergänzung</p> <p>Streichung der Zuständigkeit des Aufsichtsrats für Entscheidungen über Gewinnrücklagen (vgl. § 17 Buchst. s neu!)</p> <p>Streichung der Begrenzung der Gewinnausschüttung</p>
---	---	--

<p>2. Die Gewinnanteile sind vier Wochen nach der Gesellschafterversammlung fällig. Der Anspruch auf Auszahlung der Gewinnanteile verjährt in drei Jahren nach Fälligkeit.</p> <p>3. Die Geschäftsführung ist nicht befugt, außerhalb eines von der Gesellschafterversammlung ordnungsgemäß gefassten Gewinnverteilungsbeschlusses den Gesellschaftern oder ihnen nahestehenden Personen oder Gesellschaften im Sinne von § 7 Abs. 6 Vorteile irgendwelcher Art vertragsgemäß oder durch einseitige Handlungen zuzuwenden. Die Gesellschafter, die solche Zuwendungen erhalten haben oder denen die Zuwendungsempfänger nahestehen, sind zur Rückgabe bzw. zum Wertersatz verpflichtet. Die genannten Gesellschafter müssen in diesem Fall an die Gesellschaft – zusätzlich – einen Betrag in Höhe der auf die Zuwendung entfallenden anrechenbaren Körperschaftsteuer, die auf ihre Ertragssteuerverpflichtungen anzurechnen ist, abführen.</p>	<p>2. Die Gewinnanteile sind vier Wochen nach der Gesellschafterversammlung fällig. Der Anspruch auf Auszahlung der Gewinnanteile verjährt in drei Jahren nach Fälligkeit.</p> <p>3. Die Geschäftsführung ist nicht befugt, außerhalb eines von der Gesellschafterversammlung ordnungsgemäß gefassten Gewinnverteilungsbeschlusses den Gesellschaftern oder ihnen nahestehenden Personen oder Gesellschaften im Sinne von § 7 Abs. 6 Vorteile irgendwelcher Art vertragsgemäß oder durch einseitige Handlungen zuzuwenden. Die Gesellschafter, die solche Zuwendungen erhalten haben oder denen die Zuwendungsempfänger nahestehen, sind zur Rückgabe bzw. zum Wertersatz verpflichtet. Die genannten Gesellschafter müssen in diesem Fall an die Gesellschaft – zusätzlich – einen Betrag in Höhe der auf die Zuwendung entfallenden anrechenbaren Körperschaftsteuer, die auf ihre Ertragssteuerverpflichtungen anzurechnen ist, abführen.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 22</p> <p>Wird ein Bilanzverlust ausgewiesen, so hat die Gesellschafterversammlung über die Verlustdeckung zu beschließen, insbesondere darüber, ob und in welchem Umfang die Rücklage nach § 20 Abs. 1 heranzuziehen ist oder eine Herabsetzung des Stammkapitals erfolgen soll. Eine Nachschusspflicht besteht nicht.</p>	<p style="text-align: center;">§ 22</p> <p>Wird ein Bilanzverlust ausgewiesen, so hat die Gesellschafterversammlung über die Verlustdeckung zu beschließen, insbesondere darüber, ob und in welchem Umfang die Rücklage nach § 20 Abs. 1 heranzuziehen ist oder eine Herabsetzung des Stammkapitals erfolgen soll. Eine Nachschusspflicht besteht nicht.</p>	
<p style="text-align: center;">VII.</p> <p style="text-align: center;">Offenlegung, Veröffentlichung, Vervielfältigung, Bekanntmachung</p>	<p style="text-align: center;">VII.</p> <p style="text-align: center;">Offenlegung, Veröffentlichung, Vervielfältigung, Bekanntmachung</p>	
<p style="text-align: center;">§ 23</p> <p>1. Für die Offenlegung, Veröffentlichung und Vervielfältigung des Jahresabschlusses mit dem Bestätigungsvermerk, des Lageberichts, des Berichts des Aufsichtsrates, des</p>	<p style="text-align: center;">§ 23</p> <p>1. Für die Offenlegung, Veröffentlichung und Vervielfältigung des Jahresabschlusses mit dem Bestätigungsvermerk, des Lageberichts, des Berichts des Aufsichtsrates, des Vorschlags für die Verwendung des Ergebnisses und des Beschlusses</p>	

Vorschlags für die Verwendung des Ergebnisses und des Beschlusses über seine Verwendung unter Angabe des Jahresüberschusses oder Jahresfehlbetrages sind die §§ 325, 326, 327, 328 HGB anzuwenden.

2. Sonstige Bekanntmachungen werden in den Amtsblättern der Stadt Amberg und des Landkreises Amberg-Sulzbach veröffentlicht.

VIII.

Prüfung der Gesellschaft

§ 24

1. Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches zu prüfen.
2. Die örtlichen und überörtlichen Rechnungsprüfungsbehörden der Stadt Amberg und des Landkreises Amberg-Sulzbach können sich entsprechend § 54 Haushaltsgrundsätzegesetz zur Klärung von Fragen, die bei der Betätigungsprüfung der Gebietskörperschaften des öffentlichen Rechts nach § 44 Haushaltsgrundsätzegesetz auftreten, unmittelbar bei der Gesellschaft unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und die Schriften des Unternehmens einsehen. Voraussetzung für die Zulässigkeit einer unmittelbaren Unterrichtung ist die Darlegung, welche Fragen geklärt werden sollen und ein Nachweis, dass die begehrten Informationen nicht binnen einer angemessenen Frist bei der zu prüfenden Gebietskörperschaft des öffentlichen Rechts beschafft werden können.

IX.

Auflösung und Abwicklung der Gesellschaft

über seine Verwendung unter Angabe des Jahresüberschusses oder Jahresfehlbetrages sind die §§ 325, 326, 327, 328 HGB anzuwenden.

2. Sonstige Bekanntmachungen werden in den Amtsblättern der Stadt Amberg und des Landkreises Amberg-Sulzbach veröffentlicht.

VIII.

Prüfung der Gesellschaft

§ 24

1. Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches zu prüfen.
2. Die örtlichen und überörtlichen Rechnungsprüfungsbehörden der Stadt Amberg und des Landkreises Amberg-Sulzbach können sich entsprechend § 54 Haushaltsgrundsätzegesetz zur Klärung von Fragen, die bei der Betätigungsprüfung der Gebietskörperschaften des öffentlichen Rechts nach § 44 Haushaltsgrundsätzegesetz auftreten, unmittelbar bei der Gesellschaft unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und die Schriften des Unternehmens einsehen. Voraussetzung für die Zulässigkeit einer unmittelbaren Unterrichtung ist die Darlegung, welche Fragen geklärt werden sollen und ein Nachweis, dass die begehrten Informationen nicht binnen einer angemessenen Frist bei der zu prüfenden Gebietskörperschaft des öffentlichen Rechts beschafft werden können.

IX.

Auflösung und Abwicklung der Gesellschaft

<p style="text-align: center;">§ 25</p> <p>1. Die Gesellschaft wird aufgelöst</p> <p style="padding-left: 20px;">a) durch Beschluss der Gesellschafterversammlung, b) durch Eröffnung des Insolvenzverfahrens.</p> <p>2. Für die Abwicklung sind die Bestimmungen des GmbH-Gesetzes maßgebend. Liquidatoren sind die Geschäftsführer, soweit die Gesellschafterversammlung keine anderen bestellt. Für ihre Rechtsstellung, insbesondere ihre Vertretungsbefugnis, gelten die für die Geschäftsführer enthaltenen Regelungen der Satzung entsprechend.</p> <p style="text-align: center;">X.</p> <p style="text-align: center;">Teilunwirksamkeit</p> <p style="text-align: center;">§ 26</p> <p>Sollten einzelne Bestimmungen der Satzung unwirksam sein oder werden, berührt dies die Gültigkeit der übrigen Vereinbarungen nicht. Die Gesellschafter sind dann verpflichtet, die unwirksamen Regelungen durch solche zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen und rechtlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung möglichst nahekommen.</p>	<p style="text-align: center;">§ 25</p> <p>1. Die Gesellschaft wird aufgelöst</p> <p style="padding-left: 20px;">a) durch Beschluss der Gesellschafterversammlung, b) durch Eröffnung des Insolvenzverfahrens.</p> <p>2. Für die Abwicklung sind die Bestimmungen des GmbH-Gesetzes maßgebend. Liquidatoren sind die Geschäftsführer, soweit die Gesellschafterversammlung keine anderen bestellt. Für ihre Rechtsstellung, insbesondere ihre Vertretungsbefugnis, gelten die für die Geschäftsführer enthaltenen Regelungen der Satzung entsprechend.</p> <p style="text-align: center;">X.</p> <p style="text-align: center;">Teilunwirksamkeit</p> <p style="text-align: center;">§ 26</p> <p>Sollten einzelne Bestimmungen der Satzung unwirksam sein oder werden, berührt dies die Gültigkeit der übrigen Vereinbarungen nicht. Die Gesellschafter sind dann verpflichtet, die unwirksamen Regelungen durch solche zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen und rechtlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung möglichst nahekommen.</p>	
--	--	--

öffentlich

 nichtöffentlich

Sachgebiet - Sachbearbeiter 11 (Hauptverwaltung) – Wolfgang Hirmer, Verwaltungsfachwirt 24 (Hochbau / Energie- und Gebäudemanagement) – Dipl.-Ing. (FH) Hubert Saradeth				Datum 08.06.2022		
Betreff Neubau eines Dienstgebäudes zur Unterbringung des Fachbereichs Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) sowie der Führungsgruppe Katastrophenschutz (FüGK); Genehmigung der Kosten				Anlagen <ul style="list-style-type: none"> ▪ Beschlussauszug aus der Niederschrift Bau- und Planungsausschuss vom 30.05.2022 ▪ Beschlussvorlage aus der Sitzung Bau- und Planungsausschuss vom 30.05.2022 		
Beratungsfolge						
Nr.	Gremium	Sitzungstermin	TOP	Beratungsergebnis		
				einstimmig	geändert	Gegenstimmen
1.	Kreisausschuss	11.07.2022	3	☐	☐	
2.				☐	☐	

 Beschlussvorschlag
 Kenntnisnahme (kein Beschluss)

Die gemäß Entwurfsplanung für den Neubau des genannten Dienstgebäudes ermittelten Gesamtkosten in Höhe von derzeit ca. 7.300.000 EUR werden genehmigt. Zusätzlich genehmigt der Kreisausschuss das Budget in Höhe von 630.000 € für die zu erwartenden Preissteigerungen bis zur Ausführung. Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Umsetzung der Maßnahme erforderlichen Haushaltsansätze zur Deckung der Kosten in den jeweiligen Haushaltsplänen des Landkreises Amberg-Weizsach zu veranschlagen.

Vorlagebericht

Der Ferienausschuss hat in seiner Sitzung vom 27.04.2020 den Neubau eines Dienstgebäudes zur Unterbringung des Fachbereichs Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) sowie der Führungsgruppe Katastrophenschutz (FüGK) genehmigt. In der letzten Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 30.05.2022 wurde nunmehr die in der Zwischenzeit erstellte Entwurfsplanung für dieses Dienstgebäude vorgestellt. Der Bau- und Planungsausschuss hat dieser Planung mit dazugehöriger Kostenberechnung zugestimmt und dem Kreisausschuss vorgeschlagen, die ermittelten Gesamtkosten in Höhe von derzeit ca. 7,3 Mio. Euro zu genehmigen, zusätzlich einem Budget in Höhe von 630.000 Euro für zu erwartende Preissteigerungen bis zur Ausführung, sowie der Verwaltung den Auftrag zu erteilen, die für die Umsetzung der Maßnahme erforderlichen Haushaltsansätze in den jeweiligen Haushaltsplänen zu veranschlagen.

Auf beiliegende Unterlagen (Beschlussauszug, Beschlussvorlage für die Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 30.05.2022) darf ergänzend verwiesen werden.

Auszug

aus der Niederschrift über die Sitzung des Bau- und Planungsausschusses des Landkreises Amberg-Weizsach

vom 30.05.2022 in Amberg, Landratsamt, König-Ruprecht-Saal

Status: öffentlicher Teil

Sitzungsvorsitz: Richard Reisinger, Landrat

Zahl der anwesenden und stimmberechtigten Kreisräte: 10

Niederschriftsführer: Wolfgang Hirmer, Verwaltungsfachwirt

Beschluss-Nr.: 38/22

Betreff: Neubau eines Dienstgebäudes zur Unterbringung des Fachbereichs Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) sowie der Führungsgruppe Katastrophenschutz (FÜGK)
Vorstellung der Entwurfsplanung

Beschluss

Mit allen Stimmen:

Der Entwurfsplanung mit dazugehöriger Zusammenstellung der Kostenberechnung zum Neubau des Dienstgebäudes zur Unterbringung

- des Sachgebiets Informations- und Kommunikationstechnik
- der Führungsgruppe Katastrophenschutz
- für Mitarbeiter, die im Homeoffice tätig sind und deren Anwesenheit zu bestimmten Zeiten für den Dienstbetrieb erforderlich ist

mit Gesamtkosten in Höhe von derzeit ca. 7.300.000 EUR (Stand: 11.05.2022) wird zugestimmt.

Bis zur Ausführung in einem Jahr ist mit einer weiteren Preissteigerung von 10 % zu rechnen. Der Bau- und Planungsausschuss stimmt deswegen einem zusätzlichen Budget in Höhe von 630.000 € für die zu erwartenden Preissteigerungen zu.

Außerdem wird dem Kreisausschuss vorgeschlagen, wie folgt zu beschließen:

Die gemäß Entwurfsplanung für den Neubau des genannten Dienstgebäudes ermittelten Gesamtkosten in Höhe von derzeit ca. 7.300.000 EUR werden genehmigt. Zusätzlich genehmigt der Kreisausschuss das Budget in Höhe von 630.000 € für die zu erwartenden Preissteigerungen bis zur Ausführung. Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Umsetzung der Maßnahme erforderlichen Haushaltsansätze zur Deckung der Kosten in den jeweiligen Haushaltsplänen des Landkreises Amberg-Weizsach zu veranschlagen.

Auszug aus der Sitzungsniederschrift wird beglaubigt.

Amberg, 01.06.2022

Landkreis Amberg-Weizsach

gez.

Josef Kotz, Verwaltungsrat

Öffentlich

nichtöffentlich

<i>Sachgebiet</i> 24 Hochbau / Energie- und Gebäudemanagement Dipl.-Ing. (FH) Hubert Saradeth				<i>Datum</i> 11.05.2022		
<i>Betreff</i> Neubau eines Dienstgebäudes zur Unterbringung des Fachbereichs Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) sowie der Führungsgruppe Katastrophenschutz (FüGK) Vorstellung der Entwurfsplanung				<i>Anlagen</i> Außenanlagenplan		
Beratungsfolge						
Nr.	Gremium	Sitzungstermin	TOP	Beratungsergebnis		
				einstimmig	geändert	Gegenstimmen
1.	Bau- und Planungsausschuss	30.05.2022		☐	☐	
2.	Kreisausschuss	11.07.2022		☐	☐	

Beschlussvorschlag

Kenntnisnahme (kein Beschluss)

Der Entwurfsplanung mit dazugehöriger Zusammenstellung der Kostenberechnung zum Neubau des Dienstgebäudes zur Unterbringung

- des Sachgebiets Informations- und Kommunikationstechnik
- der Führungsgruppe Katastrophenschutz
- für Mitarbeiter, die im Homeoffice tätig sind und deren Anwesenheit zu bestimmten Zeiten für den Dienstbetrieb erforderlich ist

mit Gesamtkosten in Höhe von derzeit ca. 7.300.000 EUR (Stand: 11.05.2022) wird zugestimmt.

Bis zur Ausführung in einem Jahr ist mit einer weiteren Preissteigerung von 10 % zu rechnen. Der Bau- und Planungsausschuss stimmt deswegen einem zusätzlichen Budget in Höhe von 630.000 € für die zu erwartenden Preissteigerungen zu.

Außerdem wird dem Kreisausschuss vorgeschlagen, wie folgt zu beschließen:

Die gemäß Entwurfsplanung für den Neubau des genannten Dienstgebäudes ermittelten Gesamtkosten in Höhe von derzeit ca. 7.300.000 EUR werden genehmigt. Zusätzlich genehmigt der Kreisausschuss das Budget in Höhe von 630.000 € für die zu erwartenden Preissteigerungen bis zur Ausführung. Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Umsetzung der Maßnahme erforderlichen Haushaltsansätze zur Deckung der Kosten in den jeweiligen Haushaltsplänen des Landkreises Amberg-Sulzbach zu veranschlagen.

Vorlagebericht

Der Ferienausschuss hat in seiner Sitzung vom 27.04.2020 den Neubau des Dienstgebäudes zur Unterbringung des Fachbereichs Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) sowie der Führungsgruppe Katastrophenschutz (FüGK) genehmigt. In der Zwischenzeit wurde die Entwurfsplanung erstellt, die nunmehr vorgestellt wird:

1. Unterbringung Führungsgruppe Katastrophenschutz (FüGK)

Derzeit ist für die Unterbringung der Führungsgruppe Katastrophenschutz (FüGK) das 2. Stockwerk im Gebäude 1 des Landratsamtes in Amberg, Schloßgraben 3, vorgesehen, nämlich die Büroräume des Sachgebiets 54 Sicherheits-/ Gewerbeangelegenheiten. Im Hinblick auf die momentane reguläre Nutzung dieser Räume ergeben sich für die Nutzung als FüGK-Räume jedoch erhebliche Probleme:

Die Flächen, die dort für die FüGK zur Verfügung stünden, sind größtmäßig sehr knapp bemessen und auch das Arbeiten in der FüGK ist aufgrund der räumlichen Aufteilung in viele kleine Büroräume schwierig. So müssen beispielsweise Lagebesprechungen am Flur abgehalten werden, da kein ausreichend großer Raum zur Nutzung durch mehrere Personen zur Verfügung steht. Auf dem Flur kann jedoch nicht auf Materialien, wie z. B. die für eine Lagebesprechung erforderliche Lagekarte (befindet sich in einem separaten Zimmer), zurückgegriffen werden. Außerdem können hier nicht regelmäßig die erforderliche IuK-Technik incl. Telefongeräte in ausreichender Anzahl vorgehalten werden; diese müssen bei Bedarf erst zeitaufwendig durch IuK-Mitarbeiter aufgebaut und eingerichtet werden. Das Arbeiten in der FüGK ist daher im Ernstfall gerade zu Beginn eines Einsatzes nur eingeschränkt möglich. Hinzu kommt, dass hier derzeit auch keine Notstromversorgung besteht; eine entsprechende Stromversorgung ist aber gerade im Katastrophenfall für das Arbeiten in der FüGK unerlässlich (Telefon, EDV, Funk, Fax, Heizung, Licht usw.). Gerade weil das Thema Stromausfall in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat, ist es zwingend erforderlich, die FüGK-Räume mit einer Notstromversorgung auszurüsten. Vor allem aber sind unter den derzeitigen räumlichen Bedingungen regelmäßige Übungen während der üblichen Arbeitszeiten aktuell nicht möglich. Die Büroräume werden von den Mitarbeitern verschiedener Sachgebiete besetzt und können deshalb tagsüber für Übungszwecke nicht zur Verfügung stehen, zumal im Sachgebiet 54 auch regelmäßig Parteiverkehr stattfindet. Für EPSweb-Übungen (EDV-System) kann zwar der (derzeitig ebenfalls nur provisorisch eingerichtete) EDV-Schulungsraum im Landratsamt genutzt werden, jedoch gibt es auch dabei große Einschränkungen, da hier die erforderliche spezifische Ausstattung nicht in vollem Umfang eingebunden werden kann.

2. Unterbringung Fachbereich Informations- und Kommunikationstechnik

Die EDV-Abteilung (Sachgebiet 16 – IuK) ist nahezu ein Hochsicherheitstrakt im Dienstgebäude (deshalb auch die Zugangseinschränkungen auf dem Flur) und benötigt vor allem auch eine entsprechende technische Versorgung. Dies lässt sich in einem Neubau besser, leichter und letztlich auch wirtschaftlicher gewährleisten, als am derzeitigen Standort in einem denkmalgeschützten Altbau. Die Schaffung von Räumen zur Auslagerung der EDV-Abteilung des Landratsamtes drängt sich deshalb bereits aus dieser Sichtweise nahezu förmlich auf. Hinzu kommt, dass die EDV nach wie vor eine Wachstumsbranche ist. Der derzeitige Personalstand in der IuK-Abteilung des Landratsamtes beläuft sich auf 12 Mitarbeiter und 2 Auszubildende; die Tendenz ist steigend. Die Unterbringung erfolgt z. Zt. in 5 Büros. Zu bedenken ist auch, dass die IuK-Abteilung neben den Büros auch einen Werkstatt-raum, einen Lagerraum und natürlich Serverraum benötigt. Hinzu kommen auch noch die Erfordernisse für Besprechungsmöglichkeiten, für interne Beratungen, wie für Gespräche mit Dritten. Die derzeit bestehenden Raumkapazitäten sind heute bereits jetzt mehr als ausgeschöpft; als Lagerflächen werden z. B. bereits Flächen im Haus abseits der eigentlichen IuK-Abteilung, die als Büroflächen

nicht genutzt werden können, verwendet; insbesondere aber gibt es im Raumtrakt der IuK-Abteilung keinen Platz mehr für evtl. weiteres Personal, mit dem in Zukunft aber gerechnet werden muss.

Mit der Auslagerung der EDV werden im Dienstgebäude Schloßgraben vier Büros frei (ein Büro müsste für die EDV für entsprechende Arbeiten an der Dienststelle Schloßgraben/Zeughaus verbleiben). Mit den vier frei werdenden Büros können schließlich auch die räumlichen Notstände im Dienstgebäude Schloßgraben weiter entzerrt werden.

Hinzu kommen die ständig gestiegenen Anforderungen an den Datenschutz, die IT-Sicherheit und der zu erwartende weitere Ausbau mobiler Lösungen für den Dienstgebrauch (Tablet, Smartphone). Auch die Arbeit in/mit den politischen Gremien wird zunehmend digitaler werden. Dies alles schlägt sich im (künftigen) Personalbedarf einer EDV-Abteilung nieder, der räumlich auch untergebracht werden muss. Im Gebäudetrakt, in dem die EDV-Abteilung derzeit untergebracht ist, gibt es keine Erweiterungsmöglichkeiten mehr. In einem Neubau sollten deshalb gleich ein paar Räume mehr vorgesehen werden, als derzeit für die Belegung erforderlich ist; evtl. wäre es sogar mit anzudenken, dort auch einmal das für die Informationssicherheit zuständige Personal bzw. den Verantwortlichen für den Datenschutz mit unterzubringen.

3. Synergieeffekt: Hausinterne EDV-Schulungen im FÜGK-Raum (Doppelnutzung)

Ein überaus sinnvoller Synergieeffekt würde sich bei einem Neubau durch die Verbindung mit einem Raum für die Führungsgruppe Katastrophenschutz und die EDV-Schulungen im Hause ergeben, denn dieser Führungsgruppen-Raum wäre ohnehin ständig mit PC's ausgestattet und einsatzbereit und könnte somit optimal auch für die EDV-Schulungen im Hause genutzt werden, die regelmäßig stattfinden (müssen), nachdem es ständig Änderungen bei den Programmen gibt bzw. neue Verfahren eingeführt werden, die für die Anwender Schulungen erfordern. Das wäre eine sehr effektive Lösung, zumal dann auch gleich die IuK-Abteilung im gleichen Dienstgebäude ansässig ist.

4. Temporäre Arbeitsplätze für Homeoffice-Mitarbeiter

Für Mitarbeiter, die künftig in größerem Umfang zuhause arbeiten, muss die Möglichkeit bestehen, dass sie ihre Software auf den neuesten Stand bringen können oder sonstige Tätigkeiten wahrnehmen, die sich nicht von zuhause aus erledigen lassen. Hierfür werden vier Büros mit jeweils drei Arbeitsplätzen geschaffen. Die Nähe zum Fachbereich IuK ist hier von Vorteil.

Diesen Mitarbeitern werden absperrbare Rollcontainer zur Verfügung gestellt, in denen Sie ihre dienstlichen Sachen aufbewahren. Bei Bedarf setzen sie sich an einen freien Arbeitsplatz und erledigen dort ihre dienstlichen Aufgaben. Die vier Räume werden EDV-mäßig so ausgestattet, dass sich die Bediensteten mit ihren Laptops jederzeit ins Intranet einloggen können.

Abhängig vom Umfang des Arbeitsanteils im Homeoffice können für manche Mitarbeiter in ihren Sachgebieten keine eigenen Büroräume mehr vorgehalten werden.

5. Architektenleistungen / Kostenschätzung und Kostenberechnung

Die Grundlagenermittlung (LPH 1) und die Vorentwurfsplanung (LPH 2) mit der daraus resultierenden Kostenschätzung (nach Baukostenindex-Werten von 2019) wurde vom Sachgebiet 24 Hochbau / Energie- und Gebäudemanagement erstellt.

Nach Abschluss der Vorentwurfsplanung am 12.03.2020 belief sich die Kostenschätzung incl. Baunebenkosten auf ca. 4.560.000 EUR.

Nach einem VgV-Verfahren erhielt das Architekturbüro evh_architekten gmbh, Kochkellerstraße 5, 92224 Amberg, den Auftrag (Stufenvertrag) für die Leistungsphasen 3 – 9. Nach Abschluss der Entwurfsplanung mit daraus resultierender Kostenberechnung vom 11.05.2022 belaufen sich die Kosten auf ca. 7.300.000,00EUR.

Die Kostensteigerung resultiert zu einem geringen Teil aus der fortgeschriebenen Planung, aber überwiegend aus dem erheblichen Preisanstieg der Baukosten in den letzten zwei Jahren.

Die aktuelle Kostenberechnung gliedert sich wie folgt (Zusammenstellung):

Nr.	Kostengruppe	Summe
100	Grundstück	--- €
200	Herrichten und Erschließen	53.000 €
300	Bauwerk – Baukonstruktion	3.000.000 €
400	Bauwerk – Technische Anlagen	1.900.000 €
500	Außenanlagen	1.200.000 €
600	Ausstattung und Kunstwerke	172.000 €
700	Baunebenkosten	975.000 €
	Gesamt	7.300.000 €

Die Preissteigerungen im Bausektor setzen sich bis zur Ausführung im April 2023 hin fort. Bis zu diesem Zeitpunkt ist mit weiteren 10% Preissteigerung auf die Baukosten ohne Baunebenkosten zu rechnen. Dies entspräche in unserem Fall ca. 630.000 €.

6. Fachplanerleistungen

Nach Einholung von Angeboten wurden die Aufträge an folgende Planungsbüros vergeben:

1. Starkstromanlagen / Fernmelde- und Informationstechnische Anlagen

EPW Planungsgesellschaft mbh – Georg-Grammer-Str. 2 – 92224 Amberg

2. Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen / Wärmeversorgungsanlagen / Lufttechnische Anlagen / Gebäudeautomationsanlagen

HLS – Planungsbüro Ludwig Meier – Ziegelgasse 12 – 92224 Amberg

3. Statik

Ingenieurbüro für Tragwerksplanung Dipl.-Ing.(FH) – Bernd Stangl – Neue Amberger Str. 18
92521 Schwarzenfeld

4. Außen- und Verkehrsanlagen

Lösch Landschaftsarchitektur – Fuggerstr. 9a – 92224 Amberg

5. Bau- und Raumakustik

BIG Messinger + Schwarz Bauphysik-Ingenieur-Gesellschaft mbH – Rückersdorferstr. 57
90552 Röthenbach a.d. Pegnitz

6. Wärmeschutz und Energiebilanzierung

BIG Messinger + Schwarz Bauphysik-Ingenieur-Gesellschaft mbH – Rückersdorferstr. 57
90552 Röthenbach a.d. Pegnitz

7. Förderanlagen (Aufzug)

evh_architekten gmbh – Kochkellerstraße 5 – 92224 Amberg

8. Baugrunduntersuchungen – Bodengutachten für Statik
Institut Erdbau GmbH – Haag 411 – 93191 Rettenbach

9. Baugrunduntersuchungen - Altlasten
Protect Umwelt GmbH & Co. KG – St.-Christopherus-Straße 5 –
92237 Sulzbach-Rosenberg

7. Lage des Gebäudes

Das neue Dienstgebäude wird auf dem Parkplatz an der Adalbert-Stifter-Straße in Amberg errichtet. Dieser ist im Besitz des Landkreises. Siehe dazu auch beigefügten Außenanlagenplan. Derzeit befinden sich hier die Container für das CTT-Team vom Gesundheitsamt sowie das Corona-Testzentrum des Landkreises. Mit dem Bau kann aber erst begonnen werden, wenn die Container nicht mehr benötigt werden, oder diese auf einen anderen Standort umgesetzt werden können. Nach derzeitigem Stand sollen die Container noch bis 31.12.2022 vorgehalten werden. Somit wäre eine Umsetzung nicht nötig.

Sollte sich aber auf Grund der Pandemie eine andere Situation ergeben, könnten die Container auch in die Außenanlagen des Dienstgebäudes (Gesundheitsamt neu) in der Adalbert-Stifter-Str. umgesetzt werden.

8. Objektbeschreibung

Gebäude

Errichtung eines vollunterkellerten, zweigeschossigen (Erd- und Obergeschoss) Gebäudes in Hybrid-Mischbauweise (Stahlbeton- und Holzkonstruktion) mit raumhaltigem, begrünem Satteldach. Die Anordnung und Ausrichtung des Gebäudes auf dem Grundstück nutzt die vorhandene Geländetopografie und gewährleistet so im nordwestlichen Gebäudebereich eine ebenerdige Erschließung der Technik- und Lagerräume im Kellergeschoss (Anlieferung). Zur höherliegenden Parkplatzebene bindet das Gebäude immer weiter in den vorhandenen Hang ein (ehem. Geländeauffüllungen Sport-/Parkplatz) mit entsprechend hier richtig angeordnetem, ebenerdigen Hauptzugang auf Erdgeschossenebene.

Der Keller und das Treppenhaus über alle Geschosse einschl. Aufzugschacht werden aus bau- und brandschutztechnischen Gründen sinnvollerweise in konventioneller Stahlbetonbauweise errichtet. Die Hauptnutzungseinheiten des Erd- und Obergeschosses sind in Holzrahmenbauweise vorgesehen mit (Dach)-Decken aus Massiv-Brettsperrholzelementen.

Diese Bauweise und die Verwendung von Dämmstoffen aus nachwachsenden Rohstoffen tragen ökologischen Gesichtspunkten Rechnung und ermöglichen durch deren hohen Vorfertigungsgrad eine material-, zeit- und dadurch auch kostensparende Ausführung.

Zur Vermeidung üblicher extrudierter Dämmstoffe auf Erdölbasis kommen in den erdberührten Bereichen und auch auf der Dachdecke (Satteldachprofil) Schaumglas-Dämmplatten zur Ausführung. Dies stellt neben baustoff-ökologischen Aspekten (bei der Herstellung kommt Recyclingglas zur Anwendung) auch eine schadens- und wartungsarme Konstruktion sicher.

Die hoch wärme gedämmte Außenfassade (Dämmstoff aus nachhaltigen Holzweichfaserplatten) integriert zum einen den außenliegenden Sonnenschutz und verdeutlicht mit ihrer senkrechten Holz-Fasensadenschalung sowie der entsprechenden Fenstergliederung die gerasterte Holzbauweise des Gebäudes.

Als Tür- und Fensterkonstruktionen kommen Holz-Alu-Elemente zum Einsatz, im Gebäudeinneren und je nach Anforderung (Optik, Brandschutz) auch reine Holz-Glas- bzw. Leichtmetall-Elemente. Die barrierefreie Erreichbarkeit des Gebäudes ist durch einen schwellenlosen Anschluss der Zuwegungen sichergestellt, im Gebäudeinneren durch eine DIN-konforme, rollstuhlgerechte Aufzugsanlage und ausreichende Bewegungsflächen in allen erforderlichen Bereichen.

Die tragenden Innenwände werden in Holzrahmenbauweise erstellt und mit Gipskarton bekleidet, nicht-tragende Innenraumwände komplett in Trockenbauweise ausgeführt bzw. gibt es im Kellergeschoss generell verputztes Mauerwerk.

In den Fluren und Räumen der Hauptnutzung bleiben die Brettsper Holzdecken sichtbelassen und erhalten nur abgehängte Deckenfelder zur Raumklimatisierung und zur Verbesserung der Raumakustik. So wird als Gestaltungsprinzip und zur Ablesbarkeit des hohen technischen Gebäudestandards die Gebäudetechnik generell überwiegend sichtbar ausgeführt. In den untergeordneten Raumbereichen kommen abgehängte Gipskartondecken zur Ausführung.

Zur Sicherstellung der Schallschutzanforderungen zwischen den Nutzungseinheiten Erd- und Obergeschoss erhält die Massivholzdecke über dem EG eine zusätzliche Auflast aus lose verlegten Betonplatten. Die Fußbodenaufbauten bestehen aus schallentkoppeltem Zementestrich mit Kugelgarnbelag in den Büroräumen (Raumakustik) bzw. fugenlosem Gussasphalt in den Fluren, den Nebenräumen und im Treppenhaus. Im Kellergeschoss kommt es zur Ausführung eines Verbundestrichs mit Bodenbeschichtung.

Die Ausführung der Innentürelemente erfolgt in Objektqualität, zu den Büroräumen als schalldämmendes Türblatt mit Holzoberfläche, umlaufendem Holzrahmen und Glasseitenteil zur Belichtung des innenliegenden Flures. Bei Bedarf erfolgt eine Beklebung mit transparenter Folie.

Die sonstigen Innentüren besitzen eine Schichtstoffoberfläche nach dem Farbkonzept, die Innenflurelemente werden als Holz-Glas- bzw. Leichtmetall-Glaselemente ausgeführt, teilweise mit Zutrittskontrolle. Das Kellergeschoss erhält Stahlblechtüren. Das Garagentor wird als 2-teiliges, bandverstärktes Außentürelement mit zusätzlicher Holz-Fassadenoberfläche ausgeführt.

Technische Gebäudeausrüstung Heizung, Lüftung, Sanitär, Gebäudeautomation

Das Gebäude wird mittels einer reversiblen Luft-Wasser-Wärmepumpe beheizt und gekühlt. Als Heiz- bzw. Kühlflächen werden Deckensegel installiert und jedes Büro mit einer Einzelraumregelung ausgestattet. Sämtliche Räume im Erd- und Obergeschoss werden maschinell be- und entlüftet, gleichzeitig werden die Lagerräume im Untergeschoss mit einer Lüftungsanlage ausgestattet.

Die Sanitärräume erhalten Einrichtungen und Hygienegeräte in Standardausstattung mit Kaltwasseranschluss und Urinale in wasserloser Ausführung.

Die Warmwasserbereitung erfolgt an den notwendigen Einrichtungen (Küchen, Ausgussbecken) dezentral mit elektrischen Durchlauferhitzern.

Starkstrom- Fernmelde- und Informationstechnische Anlagen

Die Stromversorgung des Dienstgebäudes erfolgt über das öffentliche Niederspannungsnetz. Bei Netzausfall übernimmt in Teilbereichen ein stationärer Notstromgenerator die Stromversorgung. Ein Großteil des allgemeinen Strombedarfs wird regenerativ durch eine PV-Anlage gedeckt.

Der erforderliche elektr. Leistungsbedarf wird vom Hausanschlussraum aus geschossweise über die Stromkreisverteiler gedeckt.

Die Ausstattung mit Steck- und Anschlussdosen basiert auf dem tatsächlichen Bedarf der Nutzer. Die Beleuchtung erfolgt vollständig mit energiesparenden LED-Leuchten, teilweise dimmbar bzw. über Präsenzmelder gesteuert.

Die Fernmeldeversorgung wird über LWL-Hausanschluss und redundant über SAT-Antennenlagen versorgt. Das TK/IT-Netzwerk wird sternförmig vom Serverraum aus aufgebaut.

Die Digitalfunkausstattung (BOS) erfolgt nach den Vorgaben des Nutzers. Gleiches gilt für die Medienausstattung für den Bereich der FÜGK.

Zur Gefahrenabwehr ist eine Blitzschutzanlage, sowie eine Brand- und Einbruchmeldeanlage vorgesehen.

Zur Steuerung von Beleuchtung und Sonnenschutz ist ein KNX-Bussystem mit den erforderlichen Schnittstellen geplant.

Im Außenbereich der Parkplätze sind neben den Mastleuchten und einer elektrischen Schrankenanlage auch E-Ladesäulen vorgesehen.

Außenanlagen

Siehe dazu beiliegenden Außenanlagenplan.

Unmittelbares Gebäudeumfeld

Nördlich und südlich des Gebäudes entstehen Bodendeckerpflanzungen. Die Wege und Zufahrten zu den Gebäuden werden als Betonpflaster ausgeführt. Zur Überwindung des Höhenunterschieds entstehen an der West- und Ostseite direkt am Gebäude Treppenanlagen aus Betonblockstufen.

Parkplatz

Südlich des Gebäudes soll ein großer Parkplatz entstehen mit 21 Besucher- und 54 Personal-Stellplätzen. Die beiden Parkplatzbereiche werden durch eine Schranke abgetrennt. Die Stellplätze werden mit Rasenpflasterbelag ausgeführt, die Fahrwege mit sickerfähigem Pflaster. Der Pflasterbelag des Zugangs zum Haupteingang wird farblich abgesetzt.

Obstwiese und nördliche Erschließung

Die nördlich des Gebäudes gelegene bestehende junge Obstwiese bleibt weitgehend erhalten. Nicht zu haltende Obstbäume werden umgepflanzt.

Vom Gailoher Weg wird eine Zufahrt für LKW an das Gebäude herangeführt.

Dieser wird nördlich des Gebäudes als Fußweg zur Adalbert-Stifter-Straße weitergeführt.

Zum nördlich gelegenen Gebäude Hockermühlstraße 53 wird auf niedriger liegenden Geländeniveau der ursprünglich bestehende Zugang wiederhergestellt.

Spartenversorgung und Beleuchtung

An der Nordseite des Gebäudes entsteht eine Luftwärmepumpe für das Gebäude.

Der Parkplatz, sowie die nördlich des Gebäudes entlangführende Straßen- / Wegeverbindung werden mit Mast- und Pollerleuchten ausgestattet. Im Zuge der E-Planung entstehen auf dem Gelände des Parkplatzes E-Ladesäulen, sowie optionale Anschlussmöglichkeiten für zusätzliche spätere nachzurüstende Säulen.

Entwässerung und Regenrückhaltung

Zur Entwässerung der Pflasterflächen (Niederschlagswasser) werden Straßen- und Hofsenkboxen eingebaut. Vor den Eingangstüren wird jeweils eine Ablaufrinne mit Abdeckrost eingebaut. Das Niederschlagswasser wird in eine unterirdische Regenrückhaltung nördlich des Gebäudes eingeleitet.

Bepflanzung

Neu zu pflanzende Bäume kommen im Bereich der Zufahrt und beim Haupteingang dazu. Östlich des Haupteingangs erfolgt eine Strauchpflanzung mit Blütensträuchern. Zwischen den Parkständen, entlang der Süd- und Nordfassade werden Bodendecker-Pflanzungen vorgesehen.

Die bestehende Hecke südlich des Parkplatzes bleibt erhalten.

Besondere Einrichtungen

An der Südseite des Parkplatzes entstehen eine überdachte Fahrradunterstellhalle, sowie ein Carport mit angeschlossenem Müllhäuschen. Die Errichtung erfolgt als einfache Stahlstützenkonstruktion, das Müllhäuschen erhält eine Wandverkleidung.

An der Westseite soll eine kleine Terrassenfläche für den Pausen-Aufenthalt im Freien entstehen.

Dieser wird zum Nachbarn hin mit einer Sichtschutzhecke eingefasst.

9. Förderung

Der energetische Standard des Gebäudes befindet sich auf einem sehr hohen Niveau. Die energetische Hülle übertrifft deutlich die Anforderungen des Gebäudeenergiegesetzes (GEG). Hierbei werden rechnerisch die Anforderungen um ca. 30 bis 40 % unterschritten. Der Jahres Primärenergiebedarf wird nach derzeitigem Planungsstand um ca. 45 % unterschritten.

Aufgrund dieser Unterschreitungen kann davon ausgegangen werden, dass das Gebäude sich auf einem Niveau von einem KfW 55 Gebäude befinden dürfte. Die thermische Hülle befindet sich zum derzeitigen Planungsstand etwa auf dem Niveau eines KfW 40 Gebäudes.

Aufgrund der Umstrukturierung der KfW-Förderungen sind die bekannten „KfW 55 und KfW 40“ Förderungen entfallen. Soweit jetzt bekannt ist, sollen die Förderprogramme für Neubauten geändert und neu aufgelegt werden.

Eine konkrete Aussage über abzugreifende Fördermittel kann daher derzeit unsererseits nicht getroffen werden. Wir werden diese aber zu gegebener Zeit beantragen.

10. Bauzeiten / Terminplan

Fertigstellung Eingabeplanung	08/2022
Fertigstellung Werkplanung	12/2022
Baubeginn	04/2023
Fertigstellung	09/2024

Landkreis - Landratsamt
Amberg-Sulzbach

Beschlussvorlage

Öffentlich

nichtöffentlich

Sachgebiet 24 - Gebäudemanagement - Dipl.-Ing. (FH) Architekt Thomas Raithele				Datum 22.06.2022		
Betreff Generalsanierung der Walter-Höllerer-Realschule in Sulzbach-Rosenberg; Genehmigung der Gesamtkosten beider Bauabschnitte, Schule und Sporthalle zum Stand Juni 2022				Anlagen		
Beratungsfolge						
Nr.	Gremium	Sitzungstermin	TOP	Beratungsergebnis		
				einstimmig	geändert	Gegenstimmen
1.	Kreisausschuss	11.07.2022	4	☐	☐	
2.				☐	☐	

Beschlussvorschlag

Die im Vorlagebericht dargestellten Kostensteigerungen/Mehrkosten für die Generalsanierung der Walter-Höllerer-Realschule (Schule und Sporthalle) in Höhe von ca. 3 Mio. Euro werden genehmigt; die Gesamtkosten für die Maßnahme belaufen sich damit zum Stand Juni 2022 auf ca. 33 Mio. Euro.

Vorlagebericht

1. Bisherige Beschlüsse

1.1 Genehmigung der Planung einer Generalsanierung

Mit Beschluss des Kreistages vom 20.04.2015 wurde die Planung der Generalsanierung des Altbaus der Schule und der Dreifach-Sporthalle genehmigt. Daraufhin wurden nach Durchführung der Vergabeverfahren die notwendigen Planungsaufträge erteilt und die Planung begonnen.

1.2 Genehmigung der Ausführung der Vorentwurfsplanung

Nach Fertigstellung des Vorentwurfs wurde dieser am 10.04.2017 dem Kreistag vorgestellt. Auf dieser Grundlage genehmigte der Kreistag die Durchführung der Generalsanierung des Altbaus der Schule und der Dreifach-Sporthalle mit der zugehörigen Kostenschätzung.

Kostenschätzung:

Sanierung Schule Altbau	ca. 11.200.000 €
Miete Containerprovisorium zur Auslagerung	ca. 500.000 €
Sanierung Dreifach-Sporthalle	ca. 3.650.000 €
Außenanlagen mit Sportanlagen	ca. 1.000.000 €
<u>und gemeinsame Nebenkosten</u>	<u>ca. 3.500.000 €</u>
Gesamt	ca. 19.850.000 €

1.3 Genehmigung der Ausführung der Entwurfsplanung

Im Weiteren wurde mit dem Beschluss des Kreistages vom 11.12.2017 die Ausführung auf Basis der Entwurfsplanung bestätigt und die zugehörige Kostenberechnung genehmigt.

Kostenberechnung:

Sanierung Schule Altbau	ca. 12.120.000 €
Miete Containerprovisorium zur Auslagerung	ca. 620.000 €
Sanierung Dreifach-Sporthalle	ca. 4.570.000 €
Außenanlagen mit Sportanlagen	ca. 1.400.000 €
<u>Gemeinsame Nebenkosten</u>	<u>ca. 3.420.000 €</u>
Gesamt	ca. 22.130.000 €

Allerdings wurde auch beschlossen, dass der Planung für den Bauabschnitt 2 „Sanierung der bestehenden Dreifach-Sporthalle“ eine alternative Planung mit einem „Ersatzneubau Dreifach-Sporthalle“ gegenübergestellt werden soll. Diese beiden Planungen zur Dreifach-Sporthalle sollten vor der Durchführung erneut zur Entscheidung vorgelegt werden.

1.4 Genehmigung der Ausführung der Vorentwurfsplanung „Ersatzneubau Dreifach-Sporthalle“ Genehmigung der Kostensteigerung für die Generalsanierung des Altbaus der Schule

Mit Beschluss des Kreistages vom 15.07.2019 wurde die Ausführung der alternativen Vorentwurfsplanung „Ersatzneubau Dreifach-Sporthalle“ sowie die Kostensteigerung für die laufende Generalsanierung des Altbaus der Schule genehmigt.

Kostenfortschreibung Schule / Kostenschätzung Sporthalle:

Sanierung Schule Altbau	ca. 13.900.000 €
Containerprovisorium zur Auslagerung	ca. 1.200.000 €
Neubau Dreifach-Sporthalle	ca. 6.700.000 €
<u>Außenanlagen mit Sportanlagen</u>	<u>ca. 1.900.000 €</u>
Summe	ca. 23.700.000 €
<u>Gemeinsame Nebenkosten ca. 20%</u>	<u>ca. 4.700.000 €</u>
Gesamt	ca. 28.400.000 €

1.5 Genehmigung der Ausführung der Entwurfsplanung „Ersatzneubau Dreifach-Sporthalle“

Mit Beschluss des Ferienausschusses vom 27.04.2020 wurde die Ausführung der Entwurfsplanung „Ersatzneubau Dreifach-Sporthalle“ sowie die zugehörige Kostenberechnung bestätigt.

Kostenfortschreibung Schule / Kostenberechnung Sporthalle:

Sanierung Schule Altbau	ca. 13.900.000 €
Containerprovisorium zur Auslagerung	ca. 1.200.000 €
Neubau Dreifach-Sporthalle	ca. 7.750.000 €
<u>Außenanlagen mit Sportanlagen</u>	<u>ca. 2.300.000 €</u>
Summe	ca. 25.150.000 €
<u>Gemeinsame Nebenkosten ca. 20%</u>	<u>ca. 4.850.000 €</u>
Gesamt	ca. 30.000.000 €

2. Aktueller Stand Schule

Der Bauabschnitt 1 ist fertiggestellt und seit Juni 2021 in Nutzung. Kenndaten des Gebäudes sind:

- Umsetzung Raumprogramm für 24 Klassen,
- davon 18 Klassen im jetzt generalsanierten Altbau und 6 Klassen im Anbau von 2005
- wie im ehemaligen Bestand
- Zusätzlich neuer Ganztagesbereich
- dafür Überdachung Innenhof mit einem Folienkissendach und Anbau unter Vordachzone.
- Fernwärme zur Beheizung
- PV-Anlage mit 30 kWp Leistung zur Eigenstromnutzung
- Vorgehängte hinterlüftete Fassade
- Wärmeverlust der Gebäudehülle wurde um 80% reduziert
- Zentrale Lüftungsanlage gewährleistet Mindestluftwechsel

- Sommerlicher Wärmeschutz, Verschattung + Nachtauskühlung
- KfW-Effizienzhaus 70 mit einem Tilgungszuschuss in Höhe von bis zu 1.360.000 €
- Das Gebäude verbraucht im Vergleich zu früher etwa 75% weniger Energie
- Bauzeit von März 2019 bis Juni 2021

3. Aktueller Stand Dreifach-Sporthalle

Der Abbruch der ehemaligen Dreifach-Sporthalle erfolgte von März bis Juni 2021. Anschließend wurde mit dem Ersatzneubau begonnen. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme der neuen Dreifach-Sporthalle ist für Anfang 2023 geplant. Im Sommer 2023 werden schließlich als letzter Abschnitt der Gesamtmaßnahme die Freisportflächen saniert.

Aktuell, Stand Juni 2022, finden die Rohinstallationen der Gebäudetechnik in dem seit Ende letzten Jahres fertiggestellten Rohbau statt, die Dach- und Fassadenflächen werden fertiggestellt und die Arbeiten an den Außenanlagen beginnen.

Kenndaten des Gebäudes sind:

- Auf Basis des förderfähigen Regierungsraumprogrammes
- Zusätzlich ungeforderte schulische Bedarfsflächen von etwa 67 m²
- Zusätzlich Versammlungsstätte für bis zu 400 Personen
- Zuschauergalerie mit ca. 70 Sitzplätzen und Stehplätzen
- Barrierefrei
- Bis auf Holzkonstruktion des Dachstuhls der Halle aus Stahlbeton Fertigteilen errichtet
- Vorgehängte hinterlüftete Fassade
- Fernwärme zur Beheizung
- KfW Standard Effizienzhaus 55 mit einem Tilgungszuschuss in Höhe von bis zu 112.000 €
- Moderne Gebäudetechnik mit Lüftungsanlage
- Das Gebäude verbraucht im Vergleich zu früher etwa 75% weniger Energie

4. Aktuelle Entwicklung der Gesamtkosten

Am 27.04.2020 wurden vom Ferienausschuss Gesamtkosten für die Maßnahme Generalsanierung Walter-Höllner-Realschule in Höhe von 30.000.000 EUR genehmigt, siehe 1.5 des Sachstandsberichtes.

Aktuell liegt mit dem Kostenbericht der Planer mit Stand Juni 2022 eine Aufstellung der Gesamtkosten in Höhe von etwa 33.000.000 EUR vor. Die Kostenabweichung von etwa 3.000.000 Euro wird in dem Bericht ausführlich begründet.

Die aktuelle Aufstellung der Gesamtkosten erfolgte im Rahmen der Kostenkontrolle und enthält aktualisierte Kosten aus folgenden drei wesentlichen Bereichen:

Kostenfeststellung des BA1 der Schule.

Aufgrund der abgeschlossenen Baumaßnahme liegen die Schlussrechnungen im Wesentlichen vor. Dadurch konnten die Kosten dem Abrechnungsstand entsprechend festgestellt werden.

Kostenfortschreibung des BA2 der Dreifach-Sporthalle.

Die Kostenberechnung wurde um die bereits erteilten Aufträge und Nachträge fortgeschrieben. Da die Baumaßnahme zu etwa 2/3 abgeschlossen ist, sind bereits alle Aufträge erteilt.

Kostenverfolgung der gemeinsamen Außenanlagen

Für die Außenanlagen gibt es drei Abschnitte, die entsprechend dem Baufortschritt in der Kostenverfolgung angesetzt wurden. Der Abschnitt Schule wurde als Schlussrechnung, der Abschnitt Sporthalle als Auftragssumme und der Abschnitt Freisportflächen, der nächstes Jahr erfolgt, wurde als Kostenberechnung geführt.

Die Begründungen zu den Kostensteigerungen der drei vorgenannten Bereiche lassen sich wie folgt zusammenfassen:

4.1 Kostenfeststellung BA1 Schule

Die zuletzt am 27.04.2020 vom Ferienausschuss genehmigten Gesamtkosten (siehe Punkt 1.5) enthielten keine Aktualisierung der Kosten der Schule, dies erfolgte bereits mit Beschluss des Kreistags vom 15.07.2019 (siehe Punkt 1.4).

Die zuletzt genehmigten Kosten der Schule spiegeln somit etwa die Kosten zum Zeitpunkt des Baubeginns wieder.

Seit dem, also im Verlauf der zwei Jahre Bauausführung, sind gestiegene Kosten in Höhe von ca. 1.450.000 EUR festgestellt worden.

Dies liegt im Wesentlichen daran, dass für die Planung Annahmen von der Ausführung und dem Zustand des Bestandes getätigt wurden, die sich nach der Entkernung des Gebäudes als tatsächlich anders dargestellt haben.

Wegen dem damals laufenden Schulbetrieb war eine umfassende Öffnung von Bauteilen vorab nicht möglich. Aber auch dann wären durch die Planung diese Mehrkosten für aufwändigere Ausführungen nicht vermeidbar gewesen, sondern nur früher bekannt.

In geringerem Umfang gab es auch zur Planung abweichende Ausführungen wegen geänderter schulischer Anforderungen.

4.2 Kostenfortschreibung BA2 Dreifach-Sporthalle

Bezogen auf die Kostenberechnung von 2019 wurden die Kosten um etwa 1.120.000 EUR fortgeschrieben.

Dies liegt im Wesentlichen daran, dass es vom Zeitpunkt der Kostenberechnung bis zu den Auftragsvergaben 2021 und 2022 erhebliche Preissteigerungen gab. Mit einem Plus von 34% bzw. 250.000 EUR war die Preissteigerung beispielsweise für das Gewerk Abbruch besonders groß. Dies liegt vor allem an den regelrecht explodierenden Entsorgungskosten.

Ein weiterer Grund für Kostensteigerungen war der Mehraufwand für das Herrichten des Baugrundes nach den Abbrucharbeiten und die aufwändigeren Gründungsbauten aufgrund des schlechten Baugrundes.

4.3 Kostenverfolgung der gemeinsamen Außenanlagen

Im Vergleich zur Kostenverfolgung von 2020 sind Mehrkosten in Höhe von ca. 300.000 EUR vorhanden.

Der Ausbau und die Entsorgung belasteter Böden hat den großen Teil der Mehrkosten verursacht. Es gab aber auch Mehrkosten durch Zusatzarbeiten für geänderte schulische Anforderungen.

5. aktuelle Gesamtkosten

5.1 Kostenfeststellung Schule / Kostenfortschreibung Sporthalle

Sanierung Schule Altbau	ca. 15.350.000 EUR
Containerprovisorium zur Auslagerung	ca. 1.230.000 EUR
Neubau Dreifach-Sporthalle	ca. 8.870.000 EUR
<u>Außenanlagen mit Sportanlagen</u>	<u>ca. 2.600.000 EUR</u>
Summe	ca. 28.050.000 EUR
<u>Gemeinsame Nebenkosten</u>	<u>ca. 4.950.000 EUR</u>
Gesamt	ca. 33.000.000 EUR

5.2 Voraussichtliche Förderung nach Art. 10 FAG

Für die Generalsanierung der Schule mit Ganztagsbetreuung liegt uns ein Förderbescheid mit FAG-Fördermitteln in Höhe von 8.225.000 EUR vor.

Für den Abbruch und Neubau der Dreifachsporthalle sind Fördermittel in Höhe von ca. 4.560.000 EUR zu erwarten.

Insgesamt kann damit für die Gesamtmaßnahme eine FAG-Förderung in Höhe von ca. 12.785.000 EUR erwartet werden.

öffentlich

 nichtöffentlich

Sachgebiet - Sachbearbeiter 21 Anton Weber, Oberverwaltungsrat				Datum 30.05.2022		
Betreff Kreishaushalt 2021; Genehmigung der über- /außerplanmäßigen Ausgaben				Anlagen		
Beratungsfolge						
Nr.	Gremium	Sitzungstermin	TOP	Beratungsergebnis		
				einstimmig	geändert	Gegenstimmen
1.	Kreisausschuss	11.07.2022	5	☐	☐	
2.				☐	☐	

 Beschlussvorschlag
 Kenntnisnahme (kein Beschluss)

Die in der Anlage aufgeführten über- /außerplanmäßigen Ausgaben von 2.767.589,42 € des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes werden zu Lasten des Jahresabschlusses 2021 nachträglich genehmigt. Die Ausgaben waren unabweisbar. Die Anlage wird zum Bestandteil der Sitzungsniederschrift erklärt.

Vorlagebericht

Im Vollzug des Kreishaushaltes 2021 sind die in der Anlage aufgeführten erheblichen über- /außerplanmäßigen Ausgaben von 2.767.589,42 € des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes entstanden. Die Ausgaben waren unabweisbar.

Es wird gebeten, die entstandenen über- /außerplanmäßigen Ausgaben nachträglich zu genehmigen. Auf die Erläuterungen zu den einzelnen Haushaltsstellen in der Anlage wird verwiesen.

Haushalt 2021

Folgende über- /außerplanmäßige Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts zu Lasten des Gesamthaushaltes sind gemäß § 41 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Landkreises Amberg-Weizsäckchen vom 26.05.2020 erheblich und somit vom Kreisausschuss zu beschließen:

Haushaltsstelle	Haushaltssoll €	Anordnungssoll €	über-/außerplanm. Ausgabe €	Bezeichnung der Haushaltsstelle
05100.50000	0,00 €	10.375,53 €	10.375,53 €	Zensus: Unterhalt der Grundstücke und baulichen Anlagen
25200.93500	0,00 €	13.606,54 €	13.606,54 €	Fachakademie für Sozialpädagogik: Erwerb von beweglichen Sachen
36040.63120	0,00 €	29.420,00 €	29.420,00 €	Klimaanpassungsstrategie
65000.51500	250.000,00 €	369.466,03 €	119.466,03 €	Winterdienst
72000.64101	55.000,00 €	195.493,61 €	140.493,61 €	Umsatzsteuer Finanzamt
Jugendhilfe*):				
45540.76290	625.000,00 €	780.650,28 €	155.650,28 €	Aufwendungen für Familienhilfen (§31 SGB VIII)
45550.77140	300.000,00 €	506.416,61 €	206.416,61 €	Erziehung in einer Tagesgruppe bzw. teilstationäre HzE (§32 SGB VIII)
45560.67230	180.000,00 €	329.690,74 €	149.690,74 €	Pflegekinderwesen (§ 33 SGB VIII) - Erstattungen an Gemeinden/-verb.
45570.67230	30.000,00 €	266.780,17 €	236.780,17 €	Erstattung an andere Jugendämter (Heimerziehung)
45570.77130	2.000.000,00 €	2.461.488,22 €	461.488,22 €	Heimerziehung
45570.77132	250.000,00 €	384.870,93 €	134.870,93 €	Aufwendungen für unbegl. Minderjährige Flüchtlinge(Heimerziehung)
45600.76280	550.000,00 €	749.262,95 €	199.262,95 €	Ambulante Eingliederungshilfe Schul-/ Schulwegbegleitung Inklusion (§ 35a SGB VIII)
45600.76290	100.000,00 €	259.546,37 €	159.546,37 €	Ambulante Eingliederungshilfe außerhalb v. Einrichtungen (§ 35a SGB VIII)
45600.77130	1.700.000,00 €	2.139.766,74 €	439.766,74 €	stationäre Eingliederungshilfe innerhalb Einrichtungen (§ 35a SGB VIII)
45610.77130	320.000,00 €	399.535,98 €	79.535,98 €	Aufwendungen Heimunterbringung (Heimerziehung, § 41 i.v.m. § 34 SGB VIII)
45610.77131	250.000,00 €	481.218,72 €	231.218,72 €	Aufwendungen stationär (§ 41 i.v.m. § 35a SGB VIII)

Zwischensumme

Jugendhilfe: 6.305.000,00 € 8.759.227,71 € 2.454.227,71 €

***) Die Ausgabehaushaltsstellen des Abschnittes 45 "Jugendhilfe" sind in einem Deckungsring zusammengefasst. Durch Einsparungen bei anderen Hhst. (vor allem bei den HhSt. 45410.77140 und 45600.76120) ergeben sich hier insgesamt Mehrausgaben von 1.811.487,42 €.**

Gesamt: 6.610.000,00 € 9.377.589,42 € 2.767.589,42 €

öffentlich

nichtöffentlich

<i>Sachgebiet - Sachbearbeiter</i> 21 Anton Weber, Oberverwaltungsrat	<i>Datum</i> 30.05.2022
<i>Betreff</i> Vorlage der Jahresrechnung 2021 des Landkreises Amberg-Sulzbach	<i>Anlagen</i>

Beratungsfolge						
Nr.	Gremium	Sitzungstermin	TOP	Beratungsergebnis		
				einstimmig	geändert	Gegenstimmen
1.	Kreisausschuss	11.07.2022	6	☐	☐	
2.				☐	☐	

Beschlussvorschlag

Kenntnisnahme (kein Beschluss)

Die Jahresrechnung 2021 des Landkreises wird zur Kenntnis genommen und mit allen Anlagen dem Rechnungsprüfungsausschuss zur örtlichen Prüfung zugeleitet (Art. 88 Abs. 2 i.V.m. Art. 89 LKrO).

Vorlagebericht

Auf die beiliegenden Unterlagen wird Bezug genommen.

öffentlich

nichtöffentlich

<i>Sachgebiet - Sachbearbeiter</i>				<i>Datum</i>		
21 Anton Weber, Oberverwaltungsrat Alexander Böck, Verwaltungsamtsrat				10.06.2022		
<i>Betreff</i>				<i>Anlagen</i>		
Jahresabschluss 2020 des Sondervermögens „St. Anna Krankenhaus Sulzbach-Rosenberg“ und des Sondervermögens „St. Johannes Klinik Auerbach“; Vorlage gemäß Art. 88 Abs. 2 LKrO						
Beratungsfolge						
Nr.	Gremium	Sitzungstermin	TOP	Beratungsergebnis		
				einstimmig	geändert	Gegenstimmen
1.	Kreisausschuss	11.07.2022	7	☐	☐	
2.				☐	☐	

Beschlussvorschlag

Kenntnisnahme (kein Beschluss)

Die Jahresabschlüsse 2020 des Sondervermögens „St. Anna Krankenhaus Sulzbach-Rosenberg“ und des Sondervermögens „St. Johannes Klinik Auerbach“ werden zur Kenntnis genommen und mit allen Anlagen dem Rechnungsprüfungsausschuss zur örtlichen Prüfung zugeleitet (Art. 88 Abs. 2 i.V.m. Art. 89 LKrO, § 1 Abs. 2 Satz 1 WkKV, § 1 Abs. 2 Satz 1 WkPV).

Vorlagebericht

Zum 01.01.2005 wurde das Kommunalunternehmen „Krankenhäuser des Landkreises Amberg-Sulzbach“ gegründet. Gleichzeitig erfolgte eine Aufteilung des bisherigen Betriebsvermögens auf das Kommunalunternehmen und die beiden Sondervermögen. Während das St. Anna Krankenhaus in Sulzbach-Rosenberg, die St. Johannes Klinik in Auerbach und die Spezialeinrichtung „Aktivierende Behandlungspflege und Therapie für Patienten im Wachkoma“ Einrichtungen des Kommunalunternehmens wurden, verbleiben Grund und Boden als Sondervermögen beim Landkreis Amberg-Sulzbach. Die beiden Sondervermögen umfassen rein investive Bilanzpositionen und deren Finanzierung.

Die Jahresergebnisse der beiden Sondervermögen entsprechen den Abschreibungen nicht förderfähiger Anlagegüter nach 1972. Die Verluste der beiden Sondervermögen stellen derzeit **reine buchhalterische** Größen dar, die beim Landkreis Amberg-Sulzbach zu **keinerlei Auszahlungen** führen.

Nach Abschluss der Generalsanierung und Strukturverbesserung (BA 1) fallen jährlich erhöhte Abschreibungen aus Eigenfinanzierung im Umfang der nicht förderfähigen Investitionen an, die sich auf die Nutzungsdauer verteilen und das jeweilige Jahresergebnis verschlechtern. Die verschlechterten Jahresergebnisse werden jedoch durch das erhöhte Eigenkapital, das der Landkreis Amberg-Sulzbach gemäß KrT- Beschlüssen vom 13.12.2010, 19.12.2011, 17.07.2017 und 16.07.2018 zuführt, in vollem Umfang gedeckt.

Solange die Generalsanierung und Strukturverbesserung des Krankenhausgebäudes des St. Anna Krankenhauses (BA 2) nicht abgeschlossen ist, hat die Abwicklung im Sondervermögen keinerlei erfolgsabhängige Auswirkung. In der Bilanz erhöhen sich jährlich die Anlagen im Bau, die Sonderposten und das Eigenkapital in gleichem Umfang

öffentlich

 nichtöffentlich

<i>Sachgebiet - Sachbearbeiter</i> 21 Anton Weber, Oberverwaltungsrat Alexander Böck, Verwaltungsamtsrat				<i>Datum</i> 07.06.2022		
<i>Betreff</i> Sanierung und Strukturverbesserung des Krankenhausgebäudes St. Anna Krankenhaus in Sulzbach-Rosenberg (BA II); Investitionszuweisung für nicht förderfähige Investitionen des Bauabschnittes II durch den Landkreis Amberg-Sulzbach				<i>Anlagen</i>		
Beratungsfolge						
Nr.	Gremium	Sitzungstermin	TOP	Beratungsergebnis		
				einstimmig	geändert	Gegenstimmen
1.	Kreisausschuss	11.07.2022	8	☐	☐	
2.				☐	☐	

 Beschlussvorschlag
 Kenntnisnahme (kein Beschluss)

Die im Kreishaushalt 2022 bereitgestellten Mittel zur Übernahme eines Anteils der nicht förderfähigen Investitionen des Bauabschnittes II der Sanierung und Strukturverbesserung des Krankenhausgebäudes des St. Anna Krankenhauses in Sulzbach-Rosenberg in Höhe von 4.000.000 € werden durch den Kreisausschuss zur Auszahlung an das Kommunalunternehmen „Krankenhäuser des Landkreises Amberg-Sulzbach“ freigegeben. Diese Mittel stehen im Kreishaushalt 2022 bei HhSt. 51100.98500 zur Verfügung.

Vorlagebericht

Im Jahr 2022 ist ein weiterer Investitionszuschuss des Landkreises in Höhe von 4.000.000 € für den Bauabschnitt II gem. KrT-Beschluss vom 16.07.2018 eingeplant. Der Kreistag des Landkreises Amberg-Sulzbach hat am 16.07.2018 beschlossen, den Anteil der nichtförderfähigen Investitionen des **Bauabschnittes II** in Höhe von **bis zu 10,4 Mio. €** (bei geschätzten Gesamtkosten von ca. 29,3 Mio. €) zumindest teilweise zu übernehmen, sofern ihm dies im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit möglich ist.

Mit der Übernahme eines weiteren Anteils der nicht förderfähigen Investitionen in Höhe von 4.000.000 €, erhöht sich der Anteil des Landkreises Amberg-Sulzbach für den Bauabschnitt II auf derzeit insgesamt **9.500.000 €**.

Für diese Investitionsförderungsmaßnahme stehen im Kreishaushalt 2022 bei HhSt. 51100.98500 insgesamt 4.000.000 € zur Verfügung.